

Grundschule
Da ist die Welt noch in Ordnung

Verband der Lehrer Hessen

Mitteilungsblatt für hessische Lehrkräfte

Aus dem Inhalt:

Unterstützung und Entlastung für unsere Grundschulen

Herausforderungen der schulischen Integration gemeinsam bewältigen

4/17
Dezember

Inhalt

Vorwort	4
Widerspruch betreffend amtsangemessene Versorgung für 2017 (hier: Vordruck).....	5
DBB-Nachrichten Hessen	6
– DBB lehnt Absenkung der Pensionen ab	7
– Beamte halten Druck auf Landesregierung aufrecht	8
VDL Seniorentag 2017.....	8
Garantie für Förderschulen.....	9
Stellungnahme des VDL zur Überarbeitung der Richtlinie für ganztägig arbeitende Schulen.....	10
Pressemitteilung des VDL zur Ankündigung des KM betreffend Besoldungserhöhung für Grundschulkonrektorinnen und Konrektoren und weitere Verbesserungen im G-Bereich	11
VDR-Frauen-Vertreterinnen vor der Kamera	12
VRB (Rheinland-Pfalz) setzt auf gezielte Schullaufbahnberatung	12
DLH Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat	
– QSH-verbindliche Einführung der Schulleiterqualifizierung.....	13
– Stellenzuweisung	13
– Freifahrtberechtigung ab 1. Januar 2018	13
– Einstellung und Weiterbildung für das Lehramt an Förderschulen und Grundschulen	13
– Referendare – LiV-Ersthelferkurs	14
– Reisekosten	14
Aus dem Kultusministerium	
– Unterstützung und Entlastung für unsere Grundschulen	15
– IQB-Bildungstrends	17
– Herausforderungen der schulischen Integration gemeinsam bewältigen	18
– Neue Handreichung zum Jugendmedienschutz.....	19
Brandbrief an Herrn MdB H. J. Irmer mit Antwort.....	20
DL Deutscher Lehrerverband	
Bundesländer müssen beim Unterrichtsausfall „die Hosen herunterlassen“	23
Tipps, Hinweise, Informationen	
Hass im Internet	24
Weiterhin Offline im Klassenzimmer?	25
Beitrittserklärung	28
Umschlagbild: Grundschule – Da ist die Welt noch in Ordnung	

In eigener Sache

Liebe VDL-Mitglieder, sollten sich bei Ihnen Veränderungen ergeben haben, wie z. B. neue Anschrift, neue Schule, Namensänderung wegen Heirat, Kontoänderung, Änderung des Dienstverhältnisses (volle Stelle, halbe Stelle, sonstige Teilzeitbeschäftigung), so teilen Sie uns das bitte umgehend mit, und zwar an Tina Horneff, Wolfsweg 29, 61462 Königstein, Telefon: 0 61 74/94 85 45, E-Mail: mitgliederbetreuung@vdl-hessen.info.

Vielen Dank!

Impressum

VDL informiert wird herausgegeben vom
Verband der Lehrer Hessen

Die Schriftleitung behält sich das Recht vor, unverlangt zugesandte Beiträge zu kürzen oder abzulehnen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Landesvorsitzender:

Jörg Leinberger
Vorsitzender des VDL Hessen
Mainstraße 24
63329 Egelsbach
E-Mail: j.leinberger@web.de

Chefredakteur und Anzeigenverwaltung:

Markus Kaden
Querstraße 19
63065 Offenbach
Telefon: (0 69) 20 16 29 91
E-Mail: markus.kaden@gmx.net

Ständiger Mitarbeiter:

Heinz Klein
Pfungstbornstraße 27
61440 Oberursel
Telefon: (0 61 71) 7 41 26
E-Mail: heinzklein63@aol.com

Mitgliederverwaltung:

Tina Horneff
Wolfsweg 29
61462 Königstein
Telefon: (0 61 74) 94 85 45
E-Mail: mitgliederbetreuung@vdl-hessen.info

Gestaltung und Druck:

Druckerei Chmielorz GmbH
Ostring 13
65205 Wiesbaden



Redaktionsschluss für

Nr. 1/2018 ist der 19. 01. 2018

**Der Vorstand des VDL und
die Schriftführung von VDL informiert
wünschen Ihnen
ein frohes Weihnachtsfest,
erholsame Ferien
und für das Jahr 2018
Glück, Erfolg und vor allem
Gesundheit!**



Liebe Kolleginnen und Kollegen!



Markus Kaden

Wenn ich an meine Grundschulzeit zurückdenke, dann fast nur mit positiv besetzten Erinnerungen. Wir haben viel gelernt, auch vieles, was wahrscheinlich nicht im Lehrplan stand. Wir haben viel unternommen. Ich glaube, in den vier Jahren sind wir gefühlt einmal um den Äquator gelaufen. Gut, Topflappen häkeln war dann meine Sache eher nicht und mit dem Malen klappte es auch nicht so recht. Aber nichts destotrotz, man war fit für den Sprung in die fünfte Klasse. Zu verdanken hatten wir das in einem ganz gehörigen Maße unserer damaligen Grundschullehrerin. Sie war für uns so etwas wie eine zweite Mutter, deren natürliche Autorität niemand in Frage zu stellen wagte. Erfahrungen dieser Art haben sicher viele gemacht.

Jetzt könnte man bei naiver Betrachtungsweise glauben, als Grundschullehrerin oder -lehrer hat man es doch vergleichsweise leicht. Keine

nennenswerte Korrekturarbeit, ein eher geringer Vorbereitungsaufwand, ein kompakter Stundenplan ohne Nachmittagsunterricht. Dass das alles so nicht stimmt, dass Kollegen mit L1-Lehramt sich mit einer geringeren Besoldung, einer höheren Stundenverpflichtung und einer Abwertung (leider auch von einigen Kollegen!), man sei halt kein „richtiger“ Lehrer, konfrontiert sehen, darüber haben wir als Verband mit Nachdruck hingewiesen. „Dafür hat man es doch mit den Schülern auch viel leichter: Süße, nette Kinder, die gern zur Schule gehen und ihre Lehrer lieben“, so das Argument eines Bekannten, der wahrscheinlich auch glaubte, in Grundschulen sei noch alles wie vor 30 Jahren.

Wie weit die „Liebe“ einiger Schüler geht, schrieb eine Kollegin in einem Brandbrief an MdB Hans-Jürgen Irmer. Diesen und die Antwort Irmers finden Sie in diesem Heft. Wir haben uns entschieden, Ihnen beides nicht vorzuenthalten, da es geradezu symptomatisch ist für die jetzige Zeit. Man hält lieber den Mund, wenn etwa Straftaten begangen werden von Tätern, die einige gesellschaftlich-politische Größen doch viel lieber in der Opferrolle sehen, weil dies eben besser in ihr schönes buntes Multi-Kulti-Weltbild passt. Und genauso wie die gesellschaftsromantischen Träumereien von einer besseren, gerechteren Schule, die kein Kind zurücklässt, eben gerade eine solche verhindert, verhindert eine völlig falsch verstandene Toleranz eine gelungene Integration.

Ebenfalls aus unserer Berichterstattung nicht mehr wegzudenken ist die

Inklusion. In einem Interview mit dem Wiesbadener Kurier vom 12. August gibt Kultusminister Lorz beinahe nebenläufig eine Bestandsgarantie für Förderschulen. Ebenso erklärte Wolfgang Greilich, der bildungspolitische Sprecher der F.D.P., „wir bekennen uns ausdrücklich zum Erhalt der Förderschulen“. Diese Botschaft nehmen wir gerne zur Kenntnis. Da wir Politiker allerdings nicht so sehr an ihren Worten, sondern an ihren Taten messen, werden wir sie wohl gelegentlich daran erinnern müssen.

Vom 20. bis zum 24. Februar 2018 findet die weltgrößte Bildungsmesse **didacta** diesmal in Hannover statt. Für unsere Mitglieder bieten wir diesmal einen besonderen Service an. Sie können sich bei unserer Mitgliederbetreuung kostenlose Eintrittskarten sichern. Wenden Sie sich bei Interesse bitte an: mitgliederbetreuung@vdl-hessen.info.

Sie finden gleich vorne im Heft eine Vorlage, mit der Sie gegen die Unteralimentierung bei der Besoldung (wir berichteten mehrfach) Widerspruch für 2017 einlegen können. Beachten Sie die Frist bis spätestens 31. Dezember 2017.

Abschließend möchten wir allen unseren Lesern frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2018 wünschen. Beachten Sie bitte auch den Hinweis zu unserer Weihnachtskartenaktion.

Ihr



Liebe Kolleginnen und Kollegen im VDL Hessen,

Weihnachten steht vor der Tür und wir möchten uns bei Ihnen für Ihre Unterstützung in der Verbandsarbeit recht herzlich bedanken. Sie erhalten auch in diesem Jahr wieder Weihnachtspost von uns, mit der Sie sich eine Jahresgabe für 2018 aussuchen können. Teilen Sie Ihren Wunsch bitte bis Ende Januar Ihrer Kreisvorsitzenden/Ihrem Kreisvorsitzenden mit. Die Kontaktdaten finden Sie auf der Weihnachtspost. Weitere Informationen finden Sie auch auf der VDL-Homepage unter www.vdl-hessen.info. Sollten Sie keine Weihnachtspost erhalten haben, kontaktieren Sie bitte die mitgliederbetreuung@vdl-hessen.info.

Herzliche Grüße vom Landesvorstand des VDL Hessen



Verband der Lehrer Hessen

im Deutschen Lehrerverband Hessen **dlh**
im Deutschen Beamtenbund **dbb**

.....

....., den

.....

.....

..... (Beschäftigungsbehörde)

..... (Personalnummer)

An
Hessische Bezügestelle
Wiesbaden
Kreuzberger Ring 58
65205 Wiesbaden

Widerspruch betreffend amtsangemessene Versorgung für 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Hinblick darauf, dass die hessische Landesregierung nicht bereit ist, für das gesamte Jahr 2017 bezüglich der Frage der Verfassungsgemäßheit der Besoldung auf die Einrede der zeitnahen Geltendmachung zu verzichten, erhebe ich vorsorglich gegen Ihre Versorgungsfestsetzung für das Jahr 2017

Widerspruch.

Zur Begründung verweise ich darauf, dass meine Versorgung 2017 nicht verfassungsgemäß ist, sondern die Unteralimentierung aus dem Jahr 2016 fortwirkt.

Ich mache mir den Vortrag in den drei Musterverfahren, die der dbb Hessen unter AZ: 1 K 242/17.DA vor dem Verwaltungsgericht in Darmstadt, unter AZ: 9 K 324/17.F vor dem Verwaltungsgericht in Frankfurt und unter 3 K 887/17.WI vor dem Verwaltungsgericht in Wiesbaden führt, vollumfänglich auch für das Jahr 2017 zueigen.

Ich fordere Sie auf, mich auch für das gesamte Jahr 2017 amtsangemessen zu versorgen.

Im Hinblick auf die vorgenannten „Musterverfahren“, die an den drei hessischen Verwaltungsgerichten geführt werden, beantrage ich, meinen Widerspruch zunächst ruhend zu stellen.

Ich darf um Bestätigung bitten.

Mit freundlichen Grüßen





Einlegung von Rechtsmitteln für das Besoldungsjahr 2016 weiterhin nicht erforderlich

Wie schon im vergangenen Jahr müssen hessische Landesbeamtinnen und -beamte auch im laufenden Jahr keinen Widerspruch gegen die Festsetzung ihrer Besoldung für das Jahr 2016 einlegen, um ihre Rechte zu wahren für den Fall, dass ein Gericht die Feststellung treffen würde, dass die Besoldung verfassungswidrig zu niedrig gewesen sei.

Im Gespräch mit der Landesleitung des dbb Hessen am 6. Oktober erklärte Innenminister Peter Beuth das unbefristete Fortdauern des Verzichts auf die Einrede der zeitnahen Geltendmachung von Ansprüchen aus dem Besoldungsjahr 2016, einschließlich dessen Auswirkungen auf 2017 und ggf. auf die Folgejahre. Insoweit kann der Ausgang unserer Musterklageverfahren gegen die nach unserer Auffassung verfassungswidrige Besoldung abgewartet werden.

Widerspruch für das Besoldungsjahr 2017 wird vorsorglich empfohlen!

Da dieser Verzicht für das Besoldungsjahr 2017 seitens des Innenministers nicht vollumfänglich erklärt wurde, empfehlen wir allen bei unseren Fachgewerkschaften organisierten Landesbeamtinnen und -beamten vorsorglich die Erhebung eines Widerspruchs gegen die Festsetzung der Besoldung fristgerecht bis spätestens zum 31. Dezember 2017.

Hierfür empfehlen wir das beige-fügte Muster, welches an die Hessische Bezügestelle zu richten ist.

Einlegung von Rechtsmitteln für Kommunalbeamtinnen und -beamte

Wir weisen an dieser Stelle erneut darauf hin, dass die Verzichtserklärung des Ministeriums keine Wirkung entfaltet auf bspw. kommunale Beamtinnen und Beamte. Wenn der kommunale Dienstherr diesen Verzicht nicht erklärt hat, raten wir unseren Mitgliedern ebenfalls vorsorglich, Widerspruch für das Besoldungsjahr 2017 zu erheben.

Hierfür empfehlen wir das beige-fügte Muster-Widerspruchsschreiben, welches an den kommunalen Dienstherrn zu richten ist.

Einlegung von Rechtsmitteln für Versorgungsempfänger

Die vorstehenden Ausführungen gelten für Versorgungsempfänger analog.

Hierfür empfehlen wir das beige-fügte Muster-Widerspruchsschreiben.

Altersdiskriminierende Besoldung

Urteil EuGH bestätigt weitgehend die Rechtsauffassung des dbb Hessen; Kläger mit Rechtsschutz des dbb Hessen erfolgreich – rund 23.000 Beamtinnen und Beamte profitieren

Zur Frage der altersdiskriminierenden Besoldung hat der dbb Hessen

jeweils zeitnah den Sachstand mitgeteilt, seine Empfehlungen dargestellt und entsprechende Antrags-Muster-Schreiben zur Verfügung gestellt.

Nachdem die Fachgewerkschaften unter dem Dach des dbb Hessen diese Informationen an die jeweils bei ihnen organisierten Mitglieder weitergegeben hatten und viele dieser Mitglieder den Empfehlungen gefolgt waren, dürfen sich genau diese Kolleginnen und Kollegen nunmehr über eine maßvolle Entschädigung freuen.

Die Gesamthematik werden wir im Zuge der Landeshauptvorstandssitzung am 13. November noch einmal ausführlich darstellen.

Freifahrtregelung/ Hessenticket

Der dbb Hessen hat in der Vergangenheit wiederholt berichtet, dass er das Hessenticket grundsätzlich für eine sehr sinnvolle Sache hält.

Zwischenzeitlich häufen sich die Anfragen u. a. von Rentnern, Pensionären und Nicht-Landesbediensteten, die nach derzeitiger Festlegung das Hessenticket nicht werden nutzen können.

Darüber hinaus haben wir vermehrt Mitteilungen von Beschäftigten, denen seitens der Verkehrsverbände zum Jahresende das Jobticket gekündigt wurde, obwohl diese Beschäftigten nach derzeitiger Festlegung nicht an der Freifahrtregelung werden teilhaben können.

Wenn diese Beschäftigten bislang berechtigt ein vergünstigtes Jobticket erwerben konnten und man ihnen dies nun (ab dem 1. Januar 2018) ohne nachvollziehbaren Grund verweigert, dann kommt das naturgemäß bei diesem Beschäftigtenkreis so an, als wenn sie die von der Freifahrtberechtigung begünstigten Kolleginnen und Kollegen „mitfinanzieren“ müssten.

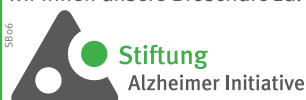
Und das kann auch der dbb Hessen nicht hinnehmen!

Hier ist also dringend eine Klarstellung gefordert. Auch hierzu werden wir nachberichten.



in eine Zukunft ohne Alzheimer

– das ist unser Ziel. Wenn Sie als Stifter mit uns die Segel setzen wollen, rufen Sie uns an unter: **0211-83 68 06 30**. Gerne senden wir Ihnen unsere Broschüre zu.



Stiftung Alzheimer Initiative gGmbH
www.alzheimer-forschung.de/stiftung

dbb Hessen lehnt Absenkung der Pensionen ab

Berufsbeamtentum sichert Qualität im Öffentlichen Dienst

Der hessische Landesbund von dbb beamtenbund und tarifunion lehnt die jüngst ins Spiel gebrachten Angriffe auf die Pensionen für Beamte energisch ab. Zuletzt hatten der Fraktionsvorsitzende der FDP im Hessischen Landtag, René Rock, und der Steuerzahlerbund solche Gedankenspiele veröffentlicht.

Der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, sagte zu den Äußerungen: „Offenkundig sind diese Forderungen so zu verstehen, dass die Höhe der Pensionen abgesenkt werden soll. Wer so etwas fordert, weiß offenkundig zu wenig über die Kernelemente des Berufsbeamtentums.“ Schmitt wirft den Protagonisten vor, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Besoldung und Alimentierung von Beamten vor allem seit 2012 nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Offenbar bestehe hierzu nicht einmal die Bereitschaft. Beamte verdienen in der aktiven Phase – gemessen an ihrer Qualifikation – deutlich weniger als Menschen in der Privatwirtschaft. Sie müssten dafür bereit sein, sich lebenslang an ihren Dienstherrn zu binden, dürften nicht streiken. Dafür erhielten sie in der Ruhestandsphase eine Pension.

Diese gegenseitige Treuebeziehung zwischen Dienstherrn und Beamten Sorge dafür, dass der Bürger eine strikt rechtstaatliche, unparteiische, unbestechliche, verlässliche und jederzeit verfügbare Dienstleistung erhalte. Nicht umsonst gelte die Qualität des öffentlichen Dienstes in Deutschland weltweit als beispielgebend. Schmitt betont in seiner Stellungnahme: „Beamte in den unteren Besoldungsgruppen haben in Hessen mit ihren Nettobezügen schon

jetzt nicht mehr den erforderlichen Mindestabstand zur Grundsicherung. Da kann man nicht einfach irgendwann zum Sparen auch noch die Pensionen kürzen.“

Es sei auch nicht von den Beamten zu verantworten, dass der Staat es Jahrzehnte versäumt habe, entsprechende Rücklagen für die Pensionen zu bilden. Das sei allein das Ergebnis von krassen politischen Fehlentscheidungen. Diese würden in Hessen seit einiger Zeit korrigiert.

Es gebe also genau zwei Möglichkeiten, so Schmitt in Frankfurt. Entweder man wolle das Beamtentum mit all seinen Vorzügen für den Bürger erhalten; dann müsse es als Ganzes erhalten bleiben. Oder man wolle es abschaffen. Dann muss man das ab sofort bei den Neueinsteigern in den öffentlichen Dienst tun – dann mit allen daraus folgenden Konsequenzen. Dann dürfen fortan nicht nur Lokführer, Busfahrer und Abfallentsorger streiken, sondern eben auch Polizisten, Lehrer, Berufsfeuerwehrlente usw.

Beamte halten Druck auf Landesregierung aufrecht

Einspruch gegen Besoldung 2017

Der dbb Hessen hält den Druck auf die Landesregierung in der Besoldungsfrage konsequent aufrecht.

Wie Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen, auf der Sitzung dessen Landeshauptvorstands am 13. November 2017 in Frankfurt erklärte, ermuntert der dbb Hessen alle Beamtinnen und Beamten im Dienst des Landes Hessen, der

Kommunen und auch die Ruhestandsbeamten, gegen die Besoldungsfestsetzung 2017 Widerspruch zu erheben, nachdem das Innenministerium keinen Verzicht auf Rechtsmittel für das laufende Besoldungsjahr erklärt hatte.

Hintergrund ist, dass der dbb Hessen die Besoldung auch im Jahr 2017 für nicht verfassungsgemäß

hält, sondern die Unteralimentierung aus dem Jahr 2016 auch nach der unzureichenden Anpassung zum 1. Juli 2017 fortwirke.

Schmitt verweist in seinem Vortrag auf die drei anhängigen Musterverfahren von Beamten, die der dbb Hessen vor den Verwaltungsgerichten in Darmstadt, Frankfurt und Wiesbaden unterstützt und auf den Weg gebracht hat. Der dbb Hessen gehe davon aus, dass bei den drei angestregten Verfahren im ersten Quartal 2018 mit Verhandlungsterminen gerechnet werden könne.



Hilfe braucht Helfer.

„Ich war mehrmals in den Projekten und weiß, dass wir schon mit bescheidenen Mitteln viele Leben retten können.“

Dr. Maria Furtwängler

Werden auch Sie zum Helfer!

Ärzte für die Dritte Welt e.V.
Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt am Main

Telefon +49 69.707 997-0
Telefax +49 69.707 997-20

Spendenkonto
488 888 0
BLZ 520 604 10
www.aerzte3welt.de

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI



DZI Spenden Siegel
Gemeinnützige Organisation



Ärzte für die Dritte Welt

Seniorentag 2017

Am 16. September 2017 trafen sich die Senioren des VDL zum ersten Seniorentag in Frankfurt am Main. Bei strahlendem Herbstwetter fanden sich insgesamt 26 Seniorinnen und Senioren zum späten Frühstück in einer Lounge des Frankfurter Hauptbahnhofs ein.



Nach einer kurzen Begrüßung durch den VDL-Seniorenbeauftragten Wolfgang Stelzer richtete der VDL-Landesvorsitzende Jörg Leinberger seine Grußworte an die anwesenden Gäste.

Viele der Anwesenden kannten sich aus früherer aktiver Dienstzeit und nutzten erfreut die Gelegenheit zum Gedankenaustausch über schulische und persönliche Entwicklungen.

Anschließend stellte Kollege Wolfgang Stelzer kurz den Notfallordner des DBB vor, den sich die Mitglieder



für den Eigengebrauch bestellen konnten. Der Ordner beinhaltet unter anderem

Informationen über die Bereiche Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung und Erbvertrag, Organspenderausweis, Konten und Sparbücher, Versicherungen, Haus- und Grundbesitz sowie Testament. Diese angesprochenen Themen stießen auf reges Interesse bei allen Beteiligten.

Gegen Mittag fuhr die Gruppe gemeinsam mit der Frankfurter U-Bahn zum Römerberg. Dort begrüßte uns um 13.30 Uhr der Altstadtführer Alexander Ruhe.

Unser Weg führte uns über den Römerberg vorbei am Café Einstein zur



Straße Hinter dem Lämmchen. Dort besichtigten wir die Fassaden der Häuser Klein Nürnberg, die Rekonstruktion eines dreigeschossigen Renaissancehauses aus dem 16. Jh. und das Goldene Lämmchen. Dies war ein bedeutender Messehof und wurde 1352 urkundlich als Haus des Tuchhändlers Johannes Lämmchen genannt.

Die folgenden Häuser: Alter Esslinger und Esslinger waren noch durch Baugerüste verdeckt.

Dann besichtigten wir das Eckhaus: Zu den 3 Römern am Markt Nr. 40.

Über den Krönungsweg gingen wir zum Hühnermarkt mit dem 1895 erbauten Stoltze-Brunnen. Wir sahen die Giebel des Hauses Schlegel (Markt 26) und der Häuser Rotes Haus, Neues Rotes Haus und Grüne Linde (Markt 17, 15, 13).



Entlang der Bändergasse am Stadthaus/Archäologischen Garten vorbei zum Domplatz.

Der Archäologische Garten war einst eine Römische Siedlung auf dem späteren Domhügel des Kaiserdoms St. Bartholomäus. Die römischen Baureste zusammen mit den Resten der Königspfalz bilden den Archäologischen Garten, über den das heutige Stadthaus errichtet wurde. Direkt nebenan konnte die Gruppe die hervorragende Kunst des Fachwerkbaus an der Rekonstruktion der Goldenen Waage bewundern.

Das Haus Zur Goldenen Waage wurde bei einem Luftangriff am 22. März 1944 völlig zerstört. Es gehört zu den 15 Gebäuden, die originalgetreu rekonstruiert wurden, denn viele Bauteile dieses Hauses wurden in einem Garten bei Dreieich gelagert.

Im Jahre 1619 ließ der steinreiche Zuckerbäcker Abraham von Hameln die Goldene Waage im Renaissance-Stil für sich und seine Familie errichten. Das Haus wurde schnell eines der Vorzeigehäuser Frankfurts.



Ein besonderer Luxus war das Belvedere auf dem Dach des Hinterhauses, das den Bewohnern im Sommer ein wenig Kühlung verschaffte.

Danach ging die Führung am Haus am Dom vorbei entlang der Braubachstraße zur Hausnummer 29, wo sich einst der Glauburger Hof befand. Dort wohnte seit 1267 bis 1828 die einflussreiche Frankfurter Patrizierfamilie von Glauburg. 1913 wurde der Glauburger Hof im Jugendstil neu errichtet und ebenfalls 1944 im Krieg zerstört. 1972 wurde

auf den Trümmern dieses Hauses und der benachbarten Grundstücke das Technische Rathaus erbaut, das 2010 schon wieder abgerissen wurde. Der jetzige Neubau orientiert sich am historischen Vorbild. Es besitzt einen Schmuckgiebel und einen 9,5 Meter langen und 1 Meter hohen Schriftzug: Zum Glauburger Hof.

Einen hervorragenden Abschluss mit anregenden Gesprächen fand die Gruppe im Café Einstein mit herrlichem Blick auf die Römerfassaden. Alle waren sich einig, dass ein solch wunderbares Seniorentreffen unbe-



dingt im kommenden Jahr seine Fortsetzung finden sollte.

Wolfgang Stelzer
VDL-Seniorenbeauftragter

Interview · Interview · Interview · Interview · Interview · Interview · Interview

Garantie für Förderschulen

Kultusminister Lorz zu Lehrerbedarf, Inklusion und Rechtschreibung

Kultusminister Alexander Lorz rechnet auch in Zukunft mit einem erhöhten Lehrerbedarf an den Schulen. Auch wegen wieder steigender Geburtenzahlen, wie der CDU-Politiker im Interview erläutert.

Herr Lorz, die Grundschulen stehen im Fokus des neuen Schuljahres. Mit kurzfristigen Maßnahmen konnten Lehrer gewonnen und damit Lücken geschlossen wer-

den. Zum Wintersemester nehmen 315 junge Leute zusätzlich ein Studium für das Lehramt Grund- oder Förderschule auf. Was macht Sie so sicher, dass sie nach Abschluss der Ausbildung, also in sechseinhalb Jahren, auch tatsächlich gebraucht werden?

Lorz: Wir aktualisieren unsere Prognosen laufend. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass es immer unvor-

hersehbare Ereignisse wie die Flüchtlingskrise gibt. Im Moment zeigen uns die längerfristigen Trends aber, dass die Mehrzahl der Zuwanderer hierbleiben und dass es auch weiter Zuwanderung geben wird. Dazu kommen steigende Geburtenzahlen, ein Trend, der sich nach meiner Überzeugung kurzfristig nicht wieder umkehren wird. Und schließlich werden wir auch in den kommenden Jahren unsere Ganztagsangebote weiter ausbauen. Das heißt, es gibt auch auf lange Sicht einen erhöhten Bedarf an Lehrkräften.

Sie haben einen Praxisbeirat für die Grundschulen angekündigt. Was erwarten Sie von dem Gremium?

Lorz: Ich will mich mit Praktikern zusammensetzen, wie wir das schon bei der Beschulung der Flüchtlingskinder mit Erfolg gemacht haben. Ich verspreche mir hier viele gute Ideen. Und die brauchen wir gerade für die Grundschulen, weil es nicht damit getan ist, mehr Lehrerstellen zu schaffen. Der Heterogenität der Schülerschaft kann nicht alleine mit Lehrern begegnet werden. Außerdem helfen neue Stellen nichts, wenn man sie nicht besetzen kann. Deswegen suche ich nach Alternativen, vielleicht auch ungewöhnlichen Ideen, wie wir die Grundschulen unterstützen können.

Kritiker führen den Lehrermangel auch auf die schlechte Bezahlung



Alexander Lorz (CDU) ist seit dreieinhalb Jahren hessischer Kultusminister.

Foto: André Hirtz

der Grundschullehrer zurück. Was halten Sie von dem Vorschlag, die Bezüge um eine Stufe auf A 13 anzuheben?

Lorz: Mit unserer Bezahlung nach A 12, wie das auch die anderen Bundesländer machen, sind wir konkurrenzfähig. Eine Anhebung um eine Stufe würde das Land 70 Millionen Euro im Jahr kosten. Das kann man nicht mal eben aus der Portokasse bestreiten.

Die Zahl der Erstklässler steigt auch zum neuen Schuljahr. Wie stellen Sie sicher, dass in vier Jahren ausreichend Lehrkräfte an den weiterführenden Schulen zur Verfügung stehen?

Lorz: Das haben wir natürlich im Blick. Aber vor allem bei den Gymnasien, die ja immer häufiger ausgewählt werden, gibt es aktuell keinerlei Anzeichen, dass die Lehrer knapp würden. Und an Haupt- und Realschulen sieht es ähnlich aus. Das gibt uns ja im Moment die Chance, etwa 130 dieser Lehrkräfte für den Unterricht in der Grundschule weiterzubilden.

Die FDP hält ihnen vor, Inklusion „mit der Brechstange“ voranzutreiben. Ist die Förderschule ein Auslaufmodell?

Lorz: Nein, mit Sicherheit nicht. Schon deswegen nicht, weil wir die Wahlfreiheit der Eltern nicht antasten wollen. Wir werden beide Möglichkeiten, also Inklusion oder För-

derschule, offenhalten, Es geht darum, für jedes Kind individuell die bestmögliche Förderung anzubieten. Ich finde es im übrigen bemerkenswert, dass die SPD uns vorhält, bei der Inklusion sei Hessen bundesweit Schlusslicht, während die FDP uns auffordert, auf die Bremse zu treten. Die Wahrheit liegt wie immer in der Mitte und in diesem Fall auf unserer Seite.

Aber die Zahl der Lehrer an Förderschulen ist zum neuen Schuljahr auf knapp über 2000 gesunken.

Lorz: Richtig. Aber man muss bedenken, dass wir von einem System herkommen, in dem Inklusion kaum eine Rolle gespielt hat. Die deutsche Tradition hat auf die Förderschule gesetzt. Wir wollen die Förderschulbesuchsquote jetzt auf etwa vier Prozent senken, und das macht sich bei der Zahl der Lehrerinnen und Lehrer natürlich bemerkbar.

Inklusion, so meint die GEW, funktioniert nur mit durchgängig zwei Lehrern pro Klasse. In der Realität ist das nur für vier bis fünf Wochenstunden gewährleistet.

Lorz: Es gibt immer Zustände, von denen man träumen kann. Aber wir müssen realistisch bleiben. Wer eine durchgängige Doppelbesetzung fordert, muss erklären, wo die Lehrer dafür herkommen sollen, ganz abgesehen von den finanziellen Belastungen. Wir wollen die Mittel, die wir

Zur Person

Alexander Lorz ist seit dem 18. Januar 2014 hessischer Kultusminister.

Davor war er Staatssekretär im von Nicola Beer (FDP) geführten Ministerium.

Von 2007 bis 2009 war der 51-Jährige im Kabinett Koch Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

Sein Abitur hat der Rechtsprofessor 1983 an der Diltheyschule in Wiesbaden erworben.

Im Alter von 18 Jahren wurde er Mitglied der CDU.

haben, effektiv einsetzen. So setzen wir auf inklusive Schulbündnisse, um Angebote dort zu schaffen, wo sie gebraucht werden.

An 53 Grundschulen soll als Pilotprojekt ein verbindlicher Grundwortschatz von 850 Wörtern eingeführt werden. Haben die Grundschüler bisher nicht richtig schreiben gelernt?

Lorz: Doch, das haben sie. An unseren Grundschulen wird richtiges Schreiben von Anfang an gelehrt und gelernt. Aber wir wollen den Grundschulen mit dem Grundwortschatz eine Hilfestellung, eine verlässliche Leitplanke anbieten.

Das Interview führte Christian Stang.

Stellungnahme des VDL Hessen zur Überarbeitung der Richtlinie für ganztägig arbeitende Schule

Der VDL Hessen bedankt sich zunächst für die Möglichkeit der Stellungnahme zur oben genannten überarbeiteten Richtlinie. Der Landesvorstand hat sich mit der überarbeiteten Richtlinie für ganztägig arbeitende Schule befasst und nimmt wie folgt dazu Stellung:

An allen Schularten können **Ganztagsangebote auf freiwilliger Basis** entwickelt und eingeführt werden.

Die Einführung einer verpflichtenden ganztägigen Schule wird vom VDL nicht befürwortet, weil **der Nachmittagsbereich gemäß Grundgesetz im erzieherischen Auftrag der Eltern** liegen sollte.

Besteht in bestimmten Situationen ein **dringender Betreuungsbedarf am Nachmittag**, sieht der VDL in einem **freiwilligen Betreuungsangebot** eine subsidiäre Möglichkeit der Bedarfsdeckung.

Lehrkräfte dürfen nicht im Rahmen von Ganztagsangeboten zur Betreuung der Schülerinnen und Schüler herangezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen,
Jörg Leinberger, Landesvorsitzender des VDL Hessen

Pressemitteilung des VDL Hessen zur Pressekonferenz des hessischen Kultusministers Dr. Alexander Lorz im hessischen Landtag vom 15. September 2017:

„Sozialpädagogische Unterstützung, Besoldungserhöhung für Konrektorinnen und Konrektoren, Beratung und Fortbildung an hessischen Grundschulen – ein neues Maßnahmenpaket“

Der **VDL Hessen** begrüßt die Entscheidung des Kultusministeriums, die im Doppelhaushalt 2018/19 angekündigten 700 neuen Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte einzuführen. Der Einsatz von 400 Stellen ab dem 1. Februar 2018 ist eine rasche Unterstützung im Grundschulbereich. Allerdings muss aus Sicht des **VDL Hessen** darauf geachtet werden, in welchen schulischen Bereichen diese Fachkräfte ihren Einsatz finden.

Die Schaffung von 700 neuen Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte an hessischen Schulen kommt der Forderung des **VDL Hessen** nach einer Verbesserung der sozialpädagogischen Unterstützung an jeder Schule und Schulform entgegen, reicht aber noch nicht aus, da kleine Schulsysteme unter Umständen keine Berücksichtigung bei der Verteilung finden. Der **VDL Hessen** setzt sich dafür ein, dass aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen an jeder Schule mindestens eine sozialpädagogische Fachkraft vorhanden ist.

Des Weiteren ist der **VDL Hessen** erfreut über die Ankündigung des Ministeriums, die Besoldung von mehr als 900 Grundschulkonrektorinnen und -konrektoren anzuheben. Hiermit wird – vor allem finanziell – spürbar, dass das Kultusministerium die Arbeit dieser Lehrkräfte unter den gestiegenen Anforderungen würdigt. Ebenso begrüßt der **VDL Hessen** die Ankündigung, die Schulleitungen kleiner Grundschuleinheiten dahingehend zu stärken, dass die Schaffung von Konrektorinnen- und Konrektorstellen durch die Absenkung der Mindestschülerzahl auf 81 erleichtert wird. Der **VDL Hessen** fordert seit geraumer Zeit eine spürbare Entlastung der Grundschulleitungen und betrachtet diese Maßnahme als wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig weist der **VDL Hessen** darauf hin, dass damit einhergehend die benötigte Leitungszeit ebenfalls bereitgestellt werden muss. Der **VDL Hessen** setzt sich weiterhin dafür ein, dass auch der Sockelbetrag für Schulleitungen deutlich erhöht und die schülerbezogenen Faktoren entsprechend angepasst werden.

Als weitere wichtige Information begrüßt der **VDL Hessen**, dass zum Wintersemester 2017/18 die Ausbildungskapazitäten um 315 neue Studienplätze im Grund- und Förderschulbereich an den hessischen Hochschulen angehoben werden.

Zusätzliche Unterstützungsangebote durch Stärkung der Schulberatung und Schulpsychologie mit dem Fokus auf die Grundschulen hinterfragt der **VDL Hessen** jedoch kritisch, da durch ein weiteres umfangreiches Beratungsangebot und eine intensivere Begleitung der Schulen auch unter Umständen die Arbeitsbelastung von Schulleitungen und Kollegien weiter steigt.

Noch zielführender für die Sicherung der Qualität der Arbeit und gleichzeitige Entlastung der Lehrkräfte an den hessischen Grundschulen wäre nach Auffassung des VDL Hessen:

- eine höhere Personalressource
- eine Absenkung der Pflichtstundenzahl für Grundschullehrkräfte
- die Schaffung von Kooperationsstunden mit Fachinstitutionen – gerade in den Bereichen Inklusion und Beschulung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern
- eine Erhöhung der Leitungsdeputate und der Sockelbeträge
- eine verbesserte Ausstattung mit Verwaltungsfachkräften in den Sekretariaten, damit die gestiegene Verwaltungsarbeit nicht auch noch durch die Schulleitungsteams übernommen werden muss.

Kerstin Jonas, Pressesprecherin des VDL Hessen

Kontakt:

Mobil: 0171-3145928

E-Mail: pressesprecher@vdl-hessen.info

„VDR-Frauenvertreterinnen vor der Kamera – oder: Wie erstellt man einen Podcast?“



Vom 29. September bis 1. Oktober 2017 fand im dbb forum siebengebirge in Königswinter das diesjährige Strategieseminar der VDR Frauenvertretung statt, an der unsere stellvertretende Landesvorsitzende, Kerstin Jonas, für Hessen teilnahm. Marlis Tasser führte das Seminar in ihrer gewohnt kompetent-frischen,

herzlichen Art und gab den Teilnehmerinnen viele Gelegenheiten zum länderübergreifenden Austausch über die frauenspezifische Verbandsarbeit sowie zur Sammlung von Ideen für ein neues VDR-Frauenvertretungs-Logo. Am Freitag referierte Elke Janssen, Mitglied der Geschäftsführung der dbb Bundes-

frauenvertretung, über den Aufbau einer Frauenvertretung und die Leitlinien der dbb Bundesfrauenvertretung.

Am Samstag ließ es sich der VDR Bundesvorsitzende, Jürgen Böhm, nicht nehmen, „seinen Frauenvertreterinnen“ einen Überblick über die bildungspolitischen Entwicklungen und die Verbandsarbeit in den VDR-Landesverbänden zu geben. Hierbei machte er deutlich, dass die Frauenarbeit in allen Landesverbänden un-
gemein wichtig sei.

Im Anschluss bereicherte Manfred Mauren, PR-Trainer der dbb akademie, den restlichen Seminarverlauf mit seinem Fachwissen über wirkungsvolle PR-Arbeit und gab Einblicke in die Erarbeitung von Flyern, PowerPoint-Präsentationen und vor allem Podcasts. Während des Samstags und am Sonntagmorgen entstanden Videoaufnahmen der Teilnehmerinnen und des Bundesvorsitzenden mit griffigen Statements, die die VDR-Frauenvertretung künftig als Image-Film repräsentieren sollen. Kerstin Jonas

VRB (Rheinland-Pfalz) setzt auf gezielte Schullaufbahnberatung

Grundschulen besitzen Schlüsselfunktion

Die schulpolitischen Herausforderungen sind nicht geringer geworden. Im Gegenteil. Die Unzufriedenheit mit den schulischen Rahmenbedingungen wächst spürbar, demzufolge verstärken sich die Erwartungen und Forderungen an die Politik.

„Die Weiterentwicklung der Realschule plus ist die Grundbedingung für eine erfolgreiche Schulpolitik insgesamt,“ erklärt der VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenhäger. Im Gespräch des Verbandes Reale Bildung (VRB) mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig unterstrich der Verbandschef die Bedeutung der Informationskampagne und forderte eine noch stärkere Beratungseinbindung der Grundschulen, um den Eltern die Attraktivität der Realschule plus aufzuzeigen. Ministerin Dr. Hubig sicherte eine Fortsetzung der in

Mainz begonnenen Informationstage zu. Anvisiert seien Schulstandorte in den Regionen Südpfalz und Trier. Die Informationskampagne benötige Nachhaltigkeit. „Wir planen eine Reihe an Maßnahmen, um die Realschulen plus zu stärken. Dazu gehören unter anderem Informationsmaterialien für Lehrerinnen und Lehrer, eine noch stärkere Einbindung der Grundschulen ebenso wie ein umfassender Informationsfilm zu den Vorteilen der Realschulen plus“, kündigte die Ministerin vielversprechend an.

Der VRB unterstrich, dass die Grundschulen eine Schlüsselfunktion hinsichtlich der Schullaufbahnberatung besitzen. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, dass das Ministerium realschulspezifisches Informationsmaterial auch den Grundschulen zur Verfügung stelle. Hilfs-

reich seien auch gemeinsame regionale Dienstbesprechungen von Schulleitungen aus dem Bereich der Grundschule sowie der Realschule plus. Der VRB erklärte, dass Lehramtsstudierende bereits in der ersten Phase ihrer Ausbildung einen umfassenden Einblick in das Profil der Realschule plus gewinnen müssten. Der immer noch vergleichsweise geringere Bekanntheitsgrad dieser Schulart fördere falsche Vorstellungen und schulische und berufliche Fehlentscheidungen. Ministerin Dr. Hubig sicherte zu, die diesbezüglichen VRB-Anregungen aufzunehmen.

Landesvorsitzender Timo Lichtenhäger resümierte, dass der schulpolitische Status quo zahlreiche Herausforderungen aufzeige. Der Verband Reale Bildung erwarte daher, dass das Ministerium die Situation der Lehrkräfte im Blick behält, Belastungen abbaut und Entlastungen schafft, damit die Qualität schulischer Arbeit auch perspektivisch gewährleistet sei.



Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

dlh-Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

- **QSH verbindliche Einführung der Schulleiterqualifizierung**
- **Stellenzuweisung**
- **Freifahrtberechtigung ab 1. Januar 2018**
- **Einstellung und Weiterbildung für das Lehramt an Förderschulen und Grundschulen**
- **Referendare – LiV: Ersthelferkurs**
- **Reisekosten**

QSH verbindliche Einführung der Schulleiterqualifizierung

Die Ankündigung des Ministers (Presseinformation vom 19. Juni 2017), noch in diesem Schuljahr QSH (Qualifizierung Schulleiter Hessen) landesweit regulär zu etablieren, überraschte die Mitglieder des HPRL wenig. Zukünftig sollen – nach einer Übergangsphase bis 2021 – alle neuen Bewerberinnen und Bewerber für das höchste Amt in einer Schule auf diese Art und Weise qualifiziert werden. Im HKM ist man der Auffassung, dass damit eine neue Ära der Schulleiter-Qualifizierung eingeleitet wird. Mit dieser Einführung wird in der Tat, nach Auffassung des **dlh**, viel Neues auf zukünftige Schulleiterinnen und Schulleiter zukommen. Dieses wurde im Vorfeld der gemeinsamen Erörterung und während des Pilotprojektes deutlich sichtbar und hat dort bereits für große Kritik gesorgt. Der HPRL und der **dlh** lehnen eine Qualifizierungsmaßnahme, die mit anschließendem Assessment-Center verpflichtend für alle Bewerberinnen und Bewerber ist, ab. Ungeklärt blieb auch die Frage, wie nach dieser Übergangszeit mit Bewerberinnen und Bewerbern, die nicht aus Hessen kommen,

verfahren werden soll. Eine große Sorge war, dass mit Einführung dieses Systems der freie Zugang zum Schulleiteramt nicht mehr gewährleistet ist. Eine vorgesehene Vorauswahl für die Qualifizierungsmaßnahme durch den Schulleiter/die Schulleiterin der Bewerberinnen und Bewerber lehnt der HPRL, ebenso wie der **dlh**, ab. So ist der **dlh** im Übrigen der Auffassung, dass die Gesamtpersonalräte wieder bei Schulleiterbesetzungsverfahren in der Mitbestimmung sein sollten.

Auch Punkte wie die Qualifizierungsmaßnahmen der Beobachterinnen und Beobachter oder die (ungeklärte Frage der) Berücksichtigung von Teilzeitbeschäftigten führten zur Kritik. So hält der HPRL die Qualifizierungsmaßnahmen der Beobachterinnen und Beobachter für unzureichend und sieht nicht, dass Teilzeitbeschäftigten die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten und Fortbildungschancen wie Vollzeitbeschäftigten eingeräumt werden.

Der **dlh** findet, dass grundsätzlich eine gute und solide Vorbereitung auf ein Schulleiteramt sehr wichtig ist. Diese Ansicht wird von HKM und HPRL geteilt. In der Ausführung, wie dies zu geschehen sei, herrscht allerdings nach wie vor großer Dissens.

Stellenzuweisung

Hier wurde im Rahmen der Erörterung gefragt, wie die zusätzlichen 600 Stellen, die vom Minister zu diesem Schuljahr versprochen und im Stellenplan des Haushaltes auch ausgewiesen wurden, zu erkennen sind. Leider konnte man diese am absoluten Stellenzuwachs in der Stellenzuweisung nicht sehen. Vom HKM wurde versichert, dass sie enthalten seien. Dadurch, dass das Stellenvolumen immer noch durch weitere zusätzliche Faktoren wie z. B. Schülerzahl oder Sozialindex beeinflusst wird, konnte hier keine genauere Auskunft gegeben werden. Weiterhin wurde das HKM gefragt, ob sich die Quote von A13 zu A14 positiv entwickelt hätte, denn die 600 Stellen sollten auch 200 A14 Stellen beinhalten. Bei 15 Staatlichen Schulämtern in Hessen sind

dies bei gleicher Aufteilung zwar nur ca. 13 Stellen pro Staatlichem Schulamt, aber trotzdem könnte sich eine Verbesserung ergeben haben. Die entsprechende Übersicht der Verteilung wurde dem HPRL zugesagt. Ein entsprechender Stellenkegel ist nicht nur dem **dlh** und seinen Gliedverbänden wichtig, denn Beförderungsämtler erhalten die Motivation und tragen mit zur Attraktivität des Lehrberufes bei.

Freifahrtberechtigung ab 1. Januar 2018

Die mit dem Tarifabschluss verbundene Freifahrtregelung für den öffentlichen Dienst nimmt immer konkretere Züge an. Kommen soll sie zum 1. Januar 2018, und in diesem Zusammenhang hatte der HPRL einige Fragen an die Dienststelle. Eine FAQ-Liste befindet sich auf der Internetseite des Hessischen Innenministeriums (HMdIS) unter <https://innen.hessen.de/presse/pressemitteilung/das-landesticket-fuer-hessen-unterwegs>. Über das HKM war zusätzlich noch zu erfahren, dass die HBS zusammen mit dem HCC bereits die Vorbereitungen treffen, um pünktlich zum genannten Termin das Landesticket Hessen für alle Beschäftigten, aktive Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter des Landes Hessen auszustellen. Dieses soll dann, zusammen mit einem Ausweis zum Nachweis der Fahrtberechtigung, in den öffentlichen Verkehrsmitteln dienen. Auch beurlaubte Beamtinnen und Beamte sollen auf Antrag ein Landesticket bekommen. Weitere Fragen wie z. B. „Wird der geldwerte Vorteil versteuert? Hat die Nutzung der Freifahrtberechtigung Auswirkung auf die Entfernungspauschale? Gilt das Ticket auch für Pensionäre?“ können der o. g. FAQ-Liste entnommen werden.

Einstellung und Weiterbildung für das Lehramt an Förderschulen und Grundschulen

Eine Einstellung und Weiterbildung ist wegen des Mangels an Bewerbe-

rinnen und Bewerbern mit Lehramt Grundschule bzw. Förderschule für ausgebildete Lehrkräfte aus anderen Lehrämtern möglich. Wie bereits in den letzten **dlh**-Nachrichten berichtet, sind die Inhalte, die in den Weiterbildungskursen vermittelt werden sollen, passend und schlüssig. Im Zuge der frühzeitigen Planungen des HKM sind weitere Kurse in Vorbereitung, sodass die Bedarfssituation entsprechend gemildert werden kann. Der HPRLl vertritt die Auffassung, dass diesem Mangel grundsätzlich mit verbesserten Arbeitsbedingungen entgegengetreten werden sollte. Er sieht auch, dass es für ausgebildete Lehrkräfte mit einem Lehramt die Chance bietet, eine unbefristete Einstellungsmöglichkeit zu bekommen. Diese Situation dürfe aber nicht ausgenutzt werden, um die Qualität der Weiterbildung zu senken. Dies sieht der dlh ebenfalls so.

Die Weiterbildungskurse sollten deshalb aus Sicht des HPRLl und des dlh ausreichend mit Mitteln ausgestattet sein, damit die Belastung der Lehrkräfte an den Schulen nicht noch weiter ansteigt. Eine Auswertung der Maßnahmen solle kontinuierlich erfolgen, damit die Ergebnisse bereits bei der Planung der nächsten Maßnahme einfließen können.

Dass weitere Maßnahmen dieser Art folgen werden, ist absehbar. Der Mangel an Bewerbern zeigt dies auf. Langfristig sollte deshalb die Attraktivität des Lehrberufs gesteigert werden, damit wieder Studierende in ausreichender Zahl diese Lehrämter ergreifen. Allgemein lässt sich aus Sicht des dlh sagen, dass gute Bildung nach wie vor unterfinanziert ist. Der **dlh** ist der Auffassung, dass nur eine entsprechende Erhöhung der Ressourcen für den Bildungsbereich Auswege aus der Attraktivitätsmiserie schaffen kann. Hier ist eine generelle gesellschaftliche Priorisierung dringend vonnöten. Mängel im Bildungsbereich sollten schnellstmöglich korrigiert werden. Bildung ist schließlich der einzige Schatz, den unser Land hat, um im globalen Wettbewerb zukünftig bestehen zu können. Erste Ansätze, z. B. der Digitalpakt des Bundes, der für die

Schulen zur Verfügung stehen soll, sind Schritte in die richtige Richtung. Es bleibt die Politik zu ermutigen, den bereits eingeschlagenen Weg zügig und im Sinne unserer Kinder umzusetzen.

Referendare – LiV: Ersthelferkurs

Dieses Thema zieht sich schon seit längerer Zeit im HPRLl hin. Es geht um die Frage, wie die Kosten für LiV erstattet werden, da für diese ein Ersthelferkurs in der Ausbildungszeit verpflichtend ist.

Aus Sicht des **dlh** sollte es eigentlich eine Selbstverständlichkeit für den Arbeitgeber sein, die Kosten für Ersthelferkurse zu erstatten. Zumal wenn diese verpflichtend sind, aber nicht selbst angeboten werden. Es ist momentan zumindest für den **dlh** nicht ersichtlich, warum es immer wieder diese Anfragen an das HKM gibt. Scheinbar gibt es immer wieder Unklarheiten bei der Beantragung und den entsprechenden Zuständigkeiten. Der HPRLl wird sich weiter im Sinne der Betroffenen einsetzen, zumal die Besoldung im Vorbereitungsdienst gering bemessen ist. Eine Bestreitung der anfallenden Kosten eines Ersthelferkurses aus dieser ohnehin schon knappen Summe hält der dlh für nicht angemessen.

Reisekosten

Hier wurde das HKM bezüglich mehrerer Punkte angefragt. Zum einen, wie Reisekostenabrechnungen überprüft werden, welche Probleme sich bisher mit den elektronischen Reisekostenanträgen ergeben haben und zum anderen, wie mit der Pauschalregelung im aktuellen Wanderfahrten-Erlass umzugehen sei.


Gerade letzteres sorgte immer wieder für Unmut bei den Betroffenen, wenn die eingereichten Reisekosten unvermeidlich und höher als die laut Erlass zu erstattenden Pauschalen waren. Zumal zu diesen Fällen ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Frankfurt aus dem Jahr 2015 zugunsten eines Mitglieds im HPhV existiert, das bestätigt, dass diese

pauschalierende Regelung die gesetzliche Regelung nach dem Hessischen Reisekostengesetz nicht außer Kraft setzen kann. Dieses erstinstanzliche Urteil ist rechtskräftig, da das Land Hessen darauf verzichtete, in dieser Sache in Berufung zu gehen.

Das HKM legte daraufhin einen überarbeiteten Erlassentwurf vor, der deutlich erhöhte Pauschalen aufwies. Es blieb allerdings offen, wie mit den Fällen umzugehen sei, die trotzdem die neuen Pauschalen überschreiten (z. B. bei Auslandsfahrten). Hier bleiben der HPRLl und auch der dlh für Sie „am Ball“.

gez. Jürgen Hartmann

Stück



für Stück ...

bauen Sie mit uns an einer Zukunft, in der Alzheimer geheilt werden kann. Möchten Sie weitere Informationen? Schreiben oder rufen Sie uns an unter:

0800 / 200 400 1 (gebührenfrei)

Bitte senden Sie mir folgende Materialien:


- Über die Alzheimer-Krankheit
- Über eine Fördermitgliedschaft
- Über eine Forschungspatenschaft

Name _____

Vorname _____

Straße, Hausnr. _____

PLZ, Ort _____



Alzheimer Forschung
Initiative e.V.

Kreuzstr. 34 · 40210 Düsseldorf
www.alzheimer-forschung.de

73

Aus dem Hessischen Kultusministerium

Unterstützung und Entlastung für unsere Grundschulen!

Höhere personelle Ausstattung – bessere Vergütung der Leitungsämter – Beiträge zur Steigerung der Qualität

„Unsere Grundschulen stehen aktuell vor großen Herausforderungen und Aufgaben. Neben dem Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote, der inklusiven Beschulung sowie der Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern müssen Grundschulen vor allem mehr und mehr Erziehungsaufgaben übernehmen, die früher in der Familie angesiedelt waren“, erklärte Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz in Wiesbaden. „Vor diesem Hintergrund haben wir ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung und Entlastung der Lehrkräfte und der Schulleitungen an den Grundschulen in Hessen geschnürt. „Die Arbeit unserer Grundschulen hat in den vergangenen Jahren einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren. Ein erster Schritt, die gestiegenen Anforderungen an die verantwortliche Wahrnehmung der Schulleitungsaufgaben zu würdigen, war bereits die Besoldungsanhebung für die Schulleiterinnen und Schulleiter an Grundschulen im Jahr 2014. Nun werden wir auch eine Anhebung der Konrektorenbesoldung vornehmen und die Lehrkräfte durch 400 zusätzliche Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte entlasten“, erläuterte Lorz.

Zahlreiche Herausforderungen

Die Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen, ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote und natürlich auch die Inklusion spielten vor zehn oder 20 Jahren eher keine oder wenn, dann nur eine untergeordnete Rolle. Nicht nur deshalb steht die Arbeit an den und für die Grundschulen aktuell im Mittelpunkt der Bemühungen der Hessischen Landesregierung. Das Paket umfasst fünf Hauptmaßnahmen und wird von den Anstrengungen zur Besetzung aller vorhandenen Stellen sowie dem Ausbau und der Grundschulfokussierung laufender Projekte und Vorhaben flankiert:

1. Unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte
2. Anhebung der Besoldung der Konrektoren
3. Zusätzliche Unterstützung durch Stärkung der Schulberatung und Schulpsychologie
4. Verdopplung der Mittel für Fortbildung und Beratung von Schulleiter(inne)n hinsichtlich der Steuerung von Schulentwicklungsprozessen

5. Einrichtung des Praxisbeirats Grundschulen

Die Maßnahmen im Einzelnen:

1. Unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte

Die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben im Zuge der Vorstellung des Doppelhaushalts 2018/19 für die unterrichtsbegleitende Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer 700 neue Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte angekündigt. Von diesen 700 Stellen werden 400 bereits zum 1. Februar 2018 den Grundschulen zur Verfügung gestellt. Die weiteren 300 Stellen sind ab 1. August 2018 für die Unterstützung und Entlastung der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen vorgesehen. Die Aufteilung erfolgt Kriterien geleitet, wobei der Anteil der Inklusionsschüler eine wesentliche Rolle spielen wird. Davon unbenommen ist die klassische Schulsozialarbeit als Teil der Jugendhilfe und Aufgabe der Kommunen. „Wir freuen uns, dass die Kommunen hier auch künftig ihren Beitrag zur Bewältigung von Fragen der Jugendhilfe an Schulen leisten werden“, betonte der Kultusminister.

2. Anhebung der Besoldung der Konrektoren

Nach der 2014 erfolgten Anhebung der Besoldung der Schulleiterinnen und Schulleiter folgt nun in einer zweiten Stufe die Anhebung von mehr als 900 Stellen von Konrektoren in den Schulleitungsteams der Grundschulen. Außerdem erhalten kleine Grundschulen (81–180 Schüler/innen) erstmals eine Konrekto-renstelle als stellv. Schulleiter. „Hiermit wollen wir den gestiegenen Anforderungen an die Schulleitungsteams auch durch eine Besoldungsanhebung Rechnung tragen und deren Arbeit würdigen“, so Lorz. Der Kultusminister erinnerte in diesem Zusammenhang an die Besoldungserhöhungen zum 1. Juli 2017 (+ 2 Prozent) und zum 1. Februar 2018 (+ 2,2 Prozent), an die Reduzierung der Pflichtstundenzahl für Lehrerinnen und Lehrer zum neuen



Schuljahr und an die Einführung des HessenTickets für Landesbeschäftigte zum 1. Januar 2018.

3. Zusätzliche Unterstützung durch Stärkung der Schulberatung und Schulpsychologie

Für umfassende und zielgerichtete Unterstützungsleistungen mit Fokus auf die Grundschulen schaffen wir in den vier Kooperationsverbänden der Staatlichen Schulämter insgesamt 24 zusätzliche Stellen für Schulberatung und Schulpsychologie.

Dabei wird es um eine verstärkte Beratung und Begleitung der Grundschulen im Hinblick auf Fragen der Schulleitung und relevante Führungsthemen (Personalentwicklung, Schulentwicklung, Schulorganisation und Arbeitsprozesse) gehen. Dies geschieht in Form daten-gestützter Schulentwicklungsgespräche und durch die Begleitung und Organisation schulübergreifender Kooperationen, durch die Koordination von Schulverbänden mit dem Ziel der Zusammenarbeit an Schwerpunktthemen und Aufgabenbündelung sowie durch Gesprächsforen für Schulleitungen und Kollegien. „Darüber hinaus werden wir die schulpsychologische und anlassbezogene Beratung in den Grundschulen ausbauen und durch zusätzliche Angebote aus den Bereichen Fortbildung, Beratung und Schulevaluation durch Schulberater ergänzen.“

4. Verdopplung der Mittel für Fortbildung und Beratung von Schulleiter(inne)n

„Wir werden die finanziellen Mittel für ein schon bislang erfolgreich gelaufenes Programm zur Fortbildung und Beratung von Schulleiterinnen und Schulleitern hinsichtlich der Steuerung von Schulentwicklungsprozessen ab dem kommenden Jahr verdoppeln“, sagte der Kultusminister. Konnten bislang rund 70 Schulen pro Jahr durch Fortbildung und Beratung von Schulleitungen und Steuergruppen unterstützt werden, werden künftig 140 Schulen jährlich von dem Fortbildungsangebot profitieren.

5. Einrichtung des Praxisbeirats Grundschulen

Gute Ideen (zur konkreten Umsetzung) entstehen erst im Austausch mit den Menschen, die mit den kleinen und großen Herausforderungen im Schulalltag täglich konfrontiert sind. Deshalb werden wir gemeinsam mit Schulpraktikern weitere geeignete Maßnahmen zur Unterstützung unserer Grundschulen besprechen und vorbereiten. Der im August neu gegründete Praxisbeirat Grundschulen hat das Ziel, die Lehrkräfte und Schulleitungen der Grundschulen noch besser zu unterstützen und, soweit es möglich ist, auch zu entlasten. Er setzt sich aus Schulleitungen, Ausbilderinnen und Ausbildern und der Schulaufsicht in den Staatlichen Schulämtern zusammen.

Die Besetzung aller Lehrstellen hat weiterhin oberste Priorität

„Ich möchte an dieser Stelle aber auch betonen, dass wir bei den genannten Maßnahmen keineswegs das Wichtigste vergessen, sondern weiterhin mit einer umfassenden Kraftanstrengung der Schulverwaltung an der Besetzung aller zur Verfügung stehenden Stellen arbeiten“, betonte Lorz. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass das Land Hessen allein in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 und aufgrund gestiegener Schülerzahlen rund 2.500 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte geschaffen hat. Noch konnten im Grundschulbereich nicht für alle Stellen genug Bewerberinnen und Bewerber gefunden werden. Das bereits bekannte Maßnahmenpaket zur Gewinnung von Grundschul- und Förderschullehrkräften sieht folgende drei Maßnahmen vor:

1. Vorübergehender Einsatz von Pensionären bzw. Dienstzeitverlängerung von Lehrkräften.
2. Programme zur Weiterbildung für das Lehramt an Grund- und Förderschulen.
3. Ausweitung der Ausbildungskapazitäten an Hochschulen für das Lehramt an Grund- und Förderschulen: 315 neue Studienplätze ab WS 2017/18.

„Als neue Sondermaßnahme kann ich Ihnen heute außerdem die vorge-sehene Öffnung des Grundschulre-ferendariats für Absolventen des 1. Staatsexamens an Gymnasien, Haupt- und Realschulen bekanntge-ben. Dafür stehen ab 1. November bis zu 50 Plätze zur Verfügung. Und nach den aktuellen Rückmeldungen der Lehrkräfteakademie sind wir sehr zuversichtlich, dass wir diese Plätze auch belegen können“, so Kultusminister Lorz.

Ergänzende Maßnahmen, von denen insbesondere die Grundschulen profitieren

Nicht zuletzt stärkt das Hessische Kultusministerium bereits vorhandene Programme und Initiativen mit Blick auf die Grundschulen:

- Eine Reihe von Grundschulen mit hohem Zuwandereranteil fördert schon heute mit dem Programm „Deutsch & PC“ Kinder, deren Deutschkenntnisse noch verbessert werden müssen. „Deutsch & PC“ fördert Kinder im ersten Schuljahr parallel zum Unterricht im Klassenverband täglich in Deutsch und Mathematik, wird in den Klassen zwei bis vier ange-messen fortgeführt, ergänzt den Unterricht durch den Einsatz von Lernprogrammen am PC und er-möglicht eine gezielte und indivi-duelle Förderung der Schülerin-nen und Schüler. Die Ausweitung ermöglicht, dass künftig statt bis-her 73 Schulen 100 Grundschulen die Förderung durch „Deutsch & PC“ anbieten können.
- Der mit der Stiftung Polytechni-sche Gesellschaft erfolgreich or-ganierte „DeutschSommer“, der ebenfalls Schülerinnen und Schü-lern mit Migrationshintergrund zu-gutekommt, wird im kommenden Jahr in seinem Umfang in Frank-furt ausgeweitet und neben Gie-ßen auf die neuen Standorte in Wiesbaden, Rüsselsheim, Wetzlar und Darmstadt ausgedehnt.
- Zur Stärkung der Bildungsspra-che Deutsch erhalten auch die Schulträger eine finanzielle För-derung für kurzzeitpädagogische Ergänzungsmaßnahmen zur För-derung des Schulerfolgs, nämlich

für Lerncamps in den Ferienzeiten.

- Und dazu zählt genauso die Einführung eines Grundwortschatzes zur Unterstützung des Schriftspracherwerbs. Im laufenden Schuljahr wird dieser zunächst von jetzt 58 Grundschulen in Hessen erprobt und am Ende evaluiert.
- Allen Grundschulen in Hessen ist außerdem die Nutzung einer computergestützten Lernverlaufsdiagnostik (quop) angeboten worden. Davon werden bald rund 14.400 Schülerinnen und Schüler an 126 Schulen Gebrauch machen.

- Das Programm zur Qualifizierung von Schulleiterinnen und Schulleitern wird im Schuljahr 2017/18 auf ganz Hessen ausgerollt und dezidiert auch für Grundschullehrkräfte angeboten, die sich für eine Schulleitungsaufgabe interessieren.

„Dies alles macht mehr als deutlich, dass wir die Entwicklung der Arbeit in den Grundschulen in jüngster Zeit bereits klar vor Augen hatten, aber auch die aktuellen Rückmeldungen mehr als ernst nehmen und für umfassende Unterstützung und Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften sorgen werden“, sagte Lorz abschließend.

desländer. Mit 499 Punkten auf der Leistungsskala im Lesen und 490 im Zuhören steht Hessen nun an vierter Stelle, nach Bayern, Sachsen und Schleswig-Holstein. In Hessen übertrafen somit deutlich mehr Schüler die sogenannten Regelstandards der länderübergreifenden Bildungsstandards in Deutsch als im Jahr 2011; gleichzeitig erreichten auch wesentlich mehr Viertklässler am unteren Ende des Leistungsspektrums die sogenannten Mindeststandards. Die Leseleistungen der Schülerinnen und Schüler ohne Zuwanderungshintergrund sind sogar die drittbesten nach Bayern und Hamburg.

Überdurchschnittliche Rechtschreibkompetenzen in Hessen

Auch in der Rechtschreibung zeigen die hessischen Grundschülerinnen und Grundschüler überdurchschnittlich gute Leistungen. Deutlich mehr Kinder erreichen die Mindeststandards (80,7 Prozent) als im Durchschnitt der Länder (77,9 Prozent) und überdurchschnittlich mehr erreichen oder übertreffen sogar die Regelstandards (56 Prozent, gegenüber 53,9 Prozent in Deutschland). In Deutschland insgesamt haben die Rechtschreibkenntnisse der Grundschüler seit 2011 erheblich nachgelassen.

Mathematikleistungen trotz bundesweitem Abwärtstrend stabil

Die Beherrschung von Deutsch als Bildungssprache ist auch Voraussetzung für den Lernerfolg in Mathematik. Im Vergleich der Länder zeigen sich auch hier die Erfolge der hessischen Anstrengungen: In Mathematik hat Hessen seine Position im Vergleich zu den anderen Ländern merkbar verbessern können. Die Leistungen der hessischen Grundschülerinnen und Grundschüler liegen nun mit 484 Punkten leicht über dem Ländermittel, nachdem sie 2011 noch erheblich unterdurchschnittlich waren. Hessen konnte sich dabei trotz der veränderten Zusammensetzung der Schülerschaft einem breiten Abwärtstrend entziehen. 61,5 Prozent der hessischen Viertklässlerinnen und Viertklässler

IQB-Bildungstrend 2016

Hessisches Schulsystem zeigt sich in herausfordernden Zeiten robust!

- **Starke Zunahme der Schüler mit Zuwanderungshintergrund, steigende Herausforderungen für die Grundschulen**
- **Hessische Viertklässler in Deutsch besser als der Durchschnitt der Länder**
- **Überdurchschnittliche Rechtschreibkompetenzen in Hessen**

Mit dem veröffentlichten „Bildungstrend 2016“ wurden zum zweiten Mal nach 2011 die Fähigkeiten der Viertklässler im Lesen und Zuhören, in der Rechtschreibung und der Mathematik überprüft. Knapp 30.000 Schülerinnen und Schüler an 1.508 Grundschulen und Förderschulen in Deutschland, darunter 90 Schulen in Hessen, haben im Mai und Juni 2016 an den halbtägigen Tests teilgenommen.

Prägendes Merkmal des Bildungstrends 2016 ist die bundesweite Zunahme der Viertklässler, die einen Zuwanderungshintergrund haben und möglicherweise zu Hause eine andere Sprache als Deutsch sprechen und die damit zunehmende Heterogenität der Schülerschaft. Während in Deutschland der Anteil der Viertklässler mit Zuwanderungshintergrund insgesamt auf nunmehr 33,6 Prozent gestiegen ist, liegt er in Hessen gar bei 42 Prozent und da-

mit rund ein Drittel höher als im Jahr 2011. „Wirft man unter Berücksichtigung dieser Entwicklung einen Blick auf die hessischen Ergebnisse des Bildungstrends, so zeigt sich, dass sich unser Schulsystem in diesen herausfordernden Zeiten als robust erwiesen hat“, kommentierte Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz heute die im Auftrag der Kultusministerkonferenz vom Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) erstellte Studie. „Der Bildungstrend belegt außerdem, dass unser Gesamtsprachförderkonzept, das von Vorlaufkursen im Jahr vor der Einschulung bis zu den Intensivklassen an beruflichen Schulen reicht, eine systematische Sprachförderung für alle Altersklassen in der Schule bietet. Insbesondere die Vorlaufkurse, die mittlerweile über 110.000 Kinder vor der Einschulung besucht haben, sind ein Erfolgsmodell und wurden von anderen Bundesländern übernommen.“

Hessische Viertklässler in Deutsch besser als im Durchschnitt der Länder

Die Leseleistungen der hessischen Schülerinnen und Schüler haben sich seit 2011 verbessert und liegen nun über dem Durchschnitt der Bun-

erreichen dabei unverändert die Regelstandards in Mathematik. In den anderen Ländern ist dieser Anteil seit 2011 um rund 6 Prozentpunkte auf 62,2 Prozent gesunken.

Sechs von sieben Grundschülerinnen und Grundschülern in Hessen (85,4 Prozent) erreichen die Mindeststandards, d.h. den mindestens zu erreichenden Lernstand am Ende der 4. Klasse. Dies sind mehr als im Durchschnitt der Länder, wo dieser Anteil seit 2011 um 3,5 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Dieser relative Erfolg bei der Förderung leistungsschwächerer Schüler gelang außer Hessen nur Bayern, Berlin, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Zuwanderungsbedingte Leistungsunterschiede werden in Hessen geringer

Den hessischen Grundschulen gelingt es, die sprachlich bedingten Startnachteile der Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungshintergrund teilweise auszugleichen: Grundschülerinnen und Grundschüler mit einem nicht in Deutschland geborenen Elternteil konnten ihre Leseleistungen seit 2011 um den Lernzuwachs eines halben Schuljahres steigern (30 Punkte); sie sind damit ebenso gut wie der Durchschnitt aller Schüler in Deutschland. Schüler, deren Eltern beide im Ausland geboren sind, sind zwar gut in die Schule integriert und zeigen eine sehr hohe Schulzufriedenheit, weisen allerdings weiterhin Lernrückstände gegenüber ihren Mitschülern auf.

Mädchen weiterhin besser im Lesen, Unterschiede in der Rechtschreibung werden kleiner

Die Leistungen der Mädchen und Jungen sind auch weiterhin fächer-spezifisch unterschiedlich. Während die Mädchen einen deutlichen Vorsprung im Lesen und Zuhören zeigen, haben die Jungen einen, allerdings kleineren, Vorsprung in Mathematik. Zwar sind die Mädchen auch in der Rechtschreibung besser als die Jungen, doch sind hier die Unterschiede wesentlich geringer als in den anderen Ländern (25 Punkte in Hessen, 33 in Deutschland).

Insgesamt gesehen liegt Hessen im Vergleich der Bundesländer an fünfter Stelle, nach Bayern, dem Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein. Nur in diesen fünf Ländern liegen die Ergebnisse in allen vier untersuchten Bereichen Lesen, Zuhören, Orthografie und Mathematik, über dem Durchschnitt aller Bundesländer.

„Der Bildungstrend als von den Ländern gemeinsam beschlossene, ehrliche Bestandsaufnahme, zeigt, dass Hessen mit seinen besonderen Bemühungen um die Stärkung der

Grundschulen die Herausforderungen dort frühzeitig erkannt hat und damit auf einem erfolgreichen Weg ist.

Mit dem jüngst vorgestellten Maßnahmenpaket zur Unterstützung und Entlastung unserer Grundschulen, wozu auch der zukünftige Grundwortschatz gehört, gehen wir den Weg einer umfassenden Sprachförderung zum Erlernen von Deutsch als Bildungssprache unserer jüngsten Schülerinnen und Schüler konsequent weiter“, so der Kultusminister abschließend.

Herausforderungen der schulischen Integration gemeinsam bewältigen Kultusminister Lorz eröffnet Fachtag an der Uni Gießen

Hessen hat seit Beginn der Legislaturperiode über 40.000 sogenannte Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ohne für den Schulunterricht ausreichende Deutschkenntnisse in Intensivsprachfördermaßnahmen der Schulen aufgenommen. Allein die Zahl der Intensivklassen an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen steigerte sich von 79 im Schuljahr 2009/10 in ganz Hessen bis auf über 1.300 zum Ende des Schuljahres 2016/17. Insbesondere die Übergänge aus einer speziellen Sprachförderung in das Bildungssystem, ein Praktikum oder eine Ausbildung, sind eine immense Aufgabe, die eine effektive Zusammenarbeit aller Institutionen erfordert. Auf dem Fachtag des Hessischen Kultusministeriums zum Thema „Effektive Vernetzung als Grundlage für einen erfolgreichen Übergang in eine duale Ausbildung“ trafen sich daher in der Justus-Liebig-Universität Gießen über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterschiedlichster Institutionen. Die Zielsetzung des Tages lag in der Intensivierung der Zusammenarbeit in den einzelnen Regionen Hessens, um den Jugendlichen und jungen Erwachsenen passende Anschlussmöglichkeiten in die Ausbildungs- und Berufswelt zu ermöglichen.

Bei der Eröffnung des Fachtages hielt Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz fest: „Der

wichtigste Schritt für eine gelingende Integration ist, die Sprache des fremden Landes zu erlernen. Mittlerweile sind wir nach der Herausforderung der schnellen schulischen Aufnahme an einem Punkt angelangt, an dem zahlreiche junge Menschen die intensive Sprachförderung an einer allgemeinbildenden Schule, einer beruflichen Schule oder an einer Schule für Erwachsene beenden und beispielsweise in eine duale Ausbildung wechseln können. Unabdingbar ist dabei die effektive, vertrauensvolle und abgestimmte Zusammenarbeit aller Schulen und weiteren Bildungspartnern, die an diesem herausfordernden Integrationsprozess beteiligt sind.“

Sich über die Übergangsmöglichkeiten austauschen

Nachdem bereits Fachtage mit dem Schwerpunkt „Deutsch als Zweitsprache“ veranstaltet wurden, galt es nun, sich gezielt über die Übergangsmöglichkeiten für die älteren Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ab 16 Jahren auszutauschen. Entsprechend bunt gemischt setzte sich der Teilnehmerkreis nicht nur aus Lehrkräften, Schulleitungen und Mitgliedern der Bildungsverwaltung, sondern auch aus Schulpsychologen, Sozialpädagogen, Mitarbeitern der Jobcenter, der Migrationsberatungsstellen, der Jugend-

ämter und Jugendhilfeeinrichtungen, der Betriebe, Kammern und Verbände sowie weiteren Ministerien zusammen.

In einem Fachvortrag, zwei Workshop-Runden und auf einem „Markt der Möglichkeiten“ konnten die Teilnehmenden zunächst ihr bisheriges Wissen im großen Themenspektrum der Sprachförderung und der Übergänge sowie der bekannten Vernetzungs- und Unterstützungsmöglichkeiten erweitern. Über ihre Netzwerkarbeit in den einzelnen Regionen Hessens kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachmittag zusammen.

Ein abgestimmtes Fortbildungs- und Beratungsprogramm auf die Beine gestellt

„Für die bislang erzielte großartige Leistung im Bereich der Förderung möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Schulen, der Bildungsverwaltung und der Hessischen Lehrkräfteakademie bedanken. Gemeinsam wurde ein abgestimmtes Fortbildungs- und Beratungsprogramm in diesem Themenbereich auf die Beine gestellt“, würdigte Lorz abschließend. „Auf das ungebrochene Engagement aller Beteiligten können wir in Hessen stolz und zur Recht für die Zukunft zuversichtlich sein!“

Neue Handreichung zum Jugendmedienschutz



© Syda Productions/Fotolia.com

In Zeiten der digitalen Kommunikation werden Fragen des Jugendmedienschutzes zu einer zunehmenden Herausforderung für Schulen, die sie in ihrer täglichen Bildungs- und Erziehungsarbeit bewältigen müssen. Dabei sollen sie nun durch eine neue Handreichung, die in diesen Tagen an alle hessischen Schulen versandt wird, noch besser unterstützt werden. Sie ergänzt das Fortbildungs- und Beratungsangebot des Landes für Schulen zum Jugendmedienschutz. „Schülerinnen und Schüler bewegen sich längst selbstverständlich in der digitalen Welt, tauschen sich über soziale Netzwerke aus, nutzen die vielfältigen Arten digitaler Spiele oder recherchieren im Internet für Freizeit und Schule. Neben all den Vorzügen der digitalen Kommunikation lauern aber auch viele Gefahren wie Datenmissbrauch, Kostenfallen oder gar Cyber-Mobbing. Davor müssen wir einerseits unsere Schülerinnen und Schüler durch einen gezielten Aufbau von Medienkompetenz schützen und andererseits unseren Lehrkräften die dafür notwendigen Informationen an die Hand geben“, erklärte Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz.

Die Handreichung informiert über Risiken der digitalen Kommunikation und über Maßnahmen, mit welchen Schülerinnen und Schüler im siche-

ren Umgang mit digitalen Medien gefördert werden können. Sie soll aber auch Lehrkräfte durch konkrete Hinweise bei der Behandlung der Themen im Unterricht unterstützen. Dazu enthält sie Hilfestellungen für Lehrerinnen und Lehrer, darunter Empfehlungen für eine geregelte Nutzung von Mobiltelefonen im Schulalltag, Informationen über rechtliche Aspekte des Jugendmedienschutzes sowie Hinweise zu weiterführenden Informations- und Unterrichtsmaterialien.

Frühzeitiger Aufbau von Basiskompetenzen

Da Schülerinnen und Schüler bereits im Grundschulalter mit Internet, PC und Smartphone in Kontakt kommen, ist der frühzeitige Aufbau von Basiskompetenzen im sicheren Umgang mit digitalen Medien auf spielerische und kindgerechte Weise notwendig. Ein Kapitel befasst sich deswegen speziell mit Maßnahmen des Medienschutzes im Grund- und Förderschulbereich.

Die Handreichung verweist gezielt auf weitergehende Informations- und Unterrichtsmaterialien und enthält konkrete Empfehlungen für Unterrichtseinheiten in einzelnen Fächern. Diese sollen die hessischen Lehrkräfte bei der Behandlung wichtiger Themen des Jugendmedienschutzes in den Unterrichtsfächern unterstützen.

Für eine Zukunft ohne Alzheimer



Spenden und stiften für die Alzheimer-Forschung. Informieren Sie sich unter:

02 11- 83 68 06 3-0



Stiftung Alzheimer Initiative

Stiftung Alzheimer Initiative gGmbH
www.stiftung-alzheimer-initiative.de

Diesen Brief schrieb eine Kollegin an Herrn MdB Irmer

• Inklusion – fehlende Zustimmung der Eltern verhindert Förderung der Kinder

Die „Entscheider“ über die Inklusionsgesetze sind von ihrer persönlichen sozialen (humanistischen) Weltanschauung ausgegangen. In der Realität stellt sich heraus, dass es für die Menschen aus unterschiedlichsten Kulturkreisen eine Schande und Verletzung der Familienehre bedeutet, wenn Förderbedarf bei dem eigenen Kind festgestellt wird. Folge: Abstreiten des festgestellten Förderbedarfs, Schuldzuweisung den Lehrern gegenüber, Ablehnung des jeweiligen Förderplans (keine Unterschrift). Die weitere Folge ist, dass Kinder mit Beeinträchtigungen im normalen Unterricht sitzen, ohne dass ein Förderlehrer/Integrationslehrer mit ihnen arbeiten darf.

• Förderkinder sind Opfer

Die Überzeugungsarbeit dauert teilweise mehrere Jahre, das Kind leidet und wird – gerade in einem sozialen Brennpunkt – der Lächerlichkeit und den Attacken der Mitschüler preisgegeben, denn auch hier zählt das Recht des Stärkeren.

• Normal- und sehr begabte Kinder können nicht entsprechend gefördert werden

In meiner Klasse waren im letzten Durchgang 4 Kinder mit Förderbedarf, auch mit Erziehungshilfebedarf. Das Kind hat mehrfach in der Stunde aggressive Ausfälle bekommen, mit Mobiliar geworfen, lautstark Mitschüler beschimpft, um sich geschlagen. Bis ich ihn beruhigt hatte und den Kindern mit Lernhilfebedarf die Aufgaben im persönlichen Gespräch erklärt habe, war die Stunde fast vorüber. Den begabten Kindern der Klasse schiebt man dann ein Arbeitsblatt herüber in der Hoffnung, dass es selbsterklärend genug ist, das Mittelfeld geht verloren.

• Keine Integration möglich, da kaum deutschsprechende Kinder in der Klasse sind

Ein weiteres Problem ist die überdurchschnittlich hohe Zahl verschiedener Bevölkerungsgruppen in Brennpunktschulen, die meiner Ansicht nach völlig unterschätzt wird. An unserer Schule sind bis zu 14 Nationalitäten in den Klassen zu finden. Politische Konflikte werden dort ausgetragen. Integration kann aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse ALLER nicht stattfinden.

• Keine Intensivklassen trotz großer Sprachprobleme

Intensivklassen werden nur genehmigt, wenn Kinder nicht über andere Länder eingereist sind. Das sind die wenigsten Schüler bei uns, trotzdem können sie kein Wort Deutsch!

• Nicht leistbare Zusatzarbeit für eine Einzelperson

Ich habe es (mit einem von mir zusammengestellten Programm) schon einmal geschafft, eine reine Migrantenklasse innerhalb eines Jahres im Bereich Deutsch auf überdurchschnittliches Niveau zu bringen. Dies kann aber nur unter bestimmten Bedingungen gelingen.

Zuerst musste ich mich um familiäre Probleme kümmern, damit die Kinder sich auf die Schule konzentrieren konnten. Zu der Zeit habe ich den Kindern teilweise Frühstück mitgebracht, Anoraks und Strümpfe zum Anziehen besorgt, Schulmaterial aus eigener Tasche bezahlt, Mütter mit Androhung der Meldung beim Jugendamt zum Augenarzt „gezwungen“, Beratungen über Frauenhäuser getätigt, Kindern meine privaten Bücher geliehen etc. All das sind nicht unsere Aufgaben, müssen aber geleistet werden, um Kinder in der Schule erfolgreich werden zu lassen.

• Wachsende Feindseligkeit/Abwertung der Deutschen und Frauen generell

Ein weiterer Punkt ist die derzeit sehr angespannte außenpolitische Lage, deren Auswirkung wir in Form von nun sehr verschlossenem und feind-

seligen Verhalten uns gegenüber zu spüren bekommen. Das Vertrauensverhältnis, wie es für die Grundschule nötig ist, ist derzeit extrem gestört.

Hier noch einige „Schlaglichter“ aus dem Schulalltag:

Einige Äußerungen, die während des Ethikunterrichtes gefallen sind:

– ihr seid weniger wert als die Schweine, die ihr fressst (Schweinefresser)

– Wir erobern euch, einfach, weil wir viele Kinder kriegen

– Wir sind Krieger von Allah

– (Mutter zu Lehrerin). „Ihr verderbt unsere Kinder!“

Äußerung einer muslimischen Ethiklehrerin: „Ihr habt uns (türkische Gastarbeiter) ausgenutzt, um reich zu werden, jetzt sind wir halt dran!“

Nach nahezu in jeder Ethikstunde beschwerten sich muslimische Eltern, dass ich die Weltreligionen erklärt habe (Lehrplan). Sie wollten nicht, dass ihre Kinder verdorben werden. Der Begriff „verdorben“ fiel mehrfach. Auch wurden schon einige Kinder von unserem Islamunterricht abgemeldet, da er nicht streng genug sei und beispielsweise Personen aus dem Koran gemalt wurden, was bei einigen sehr strengen Muslimen verboten sei.

• Muslime werden von best. Muslimen bedroht und nicht durch den Staat geschützt

Ein voll integrierter türkischer Vater (Ingenieur) und seine Frau (Bankangestellte) fragten mich um Rat, da ihre Tochter von Mitschülern geschlagen wurde. Der Grund waren die lackierten Fingernägel der Mutter. Sie sei eine „Hure“. Solche Beispiele gibt es viele. Ein anderer Junge wurde geschlagen, weil seine Mutter in der Öffentlichkeit rauchte.

Auch ich wurde im letzten Jahr Opfer einer Prügelattacke eines 11-jährigen Schülers. Ich habe ihn davon abhalten wollen, eine Mitschülerin zu schlagen, die ihm nicht gehorchte. Daraufhin richtete sich

seine blinde Wut gegen mich. Einige Tage später passierte mir wieder Ähnliches. Entschuldigungen gibt es für ein solches Verhalten weder von Eltern, noch von den Kindern. Stattdessen wird die Schuld auf das Sozialgefüge der jeweiligen Klasse geschoben, das Kind ist immer das Opfer, Lehrern wird extrem aggressiv begegnet. Das wirklich Deprimierende an der Tatsache ist, dass wir Lehrer/-innen in keiner Form Rückhalt von Schulämtern bzw. dem Gesetzgeber erhalten. In den meisten Fällen werden Beschwerden beim Schulamt zugunsten der Eltern entschieden, man will ja kein Aufsehen.

Wir benötigen dringend

- Eine Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus Lehrern aus sozialen Brennpunkten, Islamwissenschaftlern und muslimisch-demokratischen Gruppierungen, die ein Konzept für den Ethikunterricht erarbeiten, dass unser Land, die Geschichte und dessen Werte erklärt!
- Eine Arbeitsgruppe, die wesentlich bessere Sprach- und Unterrichtskonzepte mit moderneren Medien ausarbeitet (beispielsweise das konzeptionelle Zusammenführen von verschiedenen Online-Apps, Material von BAMF,

Goethe Institut, Videotutorials, etc.)

- Wesentlich schnellere Verfahren, um Kindern Förderung zukommen zu lassen
- Erlaubnis zur Förderung durch Förderlehrer auch ohne Erlaubnis der Eltern!
- Deutlich mehr Handhabe gegenüber Eltern und Kindern, die sich uns gegenüber aggressiv verhalten. Nur so kann auf Dauer Respekt und Ruhe erlangt werden
- Bewilligung von Intensivklassen

Es gibt noch eine Reihe zusätzlicher Verbesserungsvorschläge . . .

Antwort Brandbrief · Antwort Brandbrief · Antwort Brandbrief · Antwort Brandbrief

Auf den Brandbrief einer Grundschulkollegin ging Hans-Jürgen Irmner anlässlich einer Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung ein. Er rechnet schonungslos ab, mit den Fehlentwicklungen vor denen wir schon seit vielen Jahren warnen.

Hans-Jürgen Irmner (65) gewann bei der Bundestagswahl 2017 das Direktmandat Lahn-Dill für die CDU, nachdem er viele Jahre als Landtagsabgeordneter in Hessen schulpolitisch tätig war. An dieser Stelle von uns einen herzlichen Glückwunsch dem frisch gebackenen MdB.

„Dieser Brandbrief, der mit Sicherheit von vielen engagierten Pädagogen aus eigener Erfahrung unterstützt wird, ist aus meiner Sicht das



Hans-Jürgen Irmner, MdB

Ergebnis einer langjährigen bildungspolitischen und gesellschaftspolitischen Fehlentwicklung. Wir haben heute vermehrt Schüler in Schulformen, für die sie unter fachlichen Aspekten nicht geeignet sind. Wir haben eine Nivellierung der Leistungsanforderungen deutschlandweit erlebt. Das Leistungsprinzip war verpönt, Elite war ein Schimpfwort, obwohl wir beispielsweise im Sport wie selbstverständlich ausschließlich Erfolge über Leistungen definieren, und wir brauchen Eliten in dieser Gesellschaft – technische, handwerkliche, politische... Man muss deutlich machen, Schule bedeutet auch eine Kultur der Anstrengung. Ohne Schweiß geht es nicht. Zur Nivellierung gehört im Bereich der Schule ganz allgemein die völlig verunglückte Rechtschreibreform, überspitzt formuliert eher ein Beitrag zur Analphabetisierung als eine sinnvolle Weiterentwicklung. Dazu gehört für mich das unsägliche Schreiben nach Gehör, was für mich einer unterlassenen Hilfeleistung nahekommt, denn was sich in jungen Jahren komplett falsch eingeprägt hat, wird in späteren Jahren nur schwer korrigierbar sein. Im Übrigen ist daran zu erinnern, dass für die 68er-Generation korrekte Rechtschreibung immer ein „Herrschaftsinstrument“ war und deshalb korrekte Rechtschreibung verpönt war.

Wir haben eine Reduzierung des Wortschatzes bundesweit unterschiedlich von 1.100, 1.200 am Ende der Klasse 4 auf aktuell 700 bis 850, und wenn 17 Prozent der Polizeianwärter am Rechtschreibtest trotz Abitur scheitern, obwohl es schon Lückentexte sind statt Diktate wie früher, dann ist dies auch Ausdruck von mit Mängeln behafteter Bildungspolitik. Dazu passt, dass nach einer Langzeitstudie von 1972, 2002 und 2012 der Fehlerindex allein in der Grundschule sich mehr als verdoppelt hat. Zu den falschen Entscheidungen gehört der Wegfall von Noten, der Wegfall von Kopfnoten und vor allen Dingen der Wegfall der Eignungsempfehlung nach der Klasse 4. Nach der aktuellen IQB-Studie, die zum Ergebnis hat, dass wir in Deutschland und im Vergleich zu 2011 im Bereich Mathematik und Rechtschreibung deutlich Verschlechterungen festzustellen haben, bei vergleichbaren Ergebnissen der Lesekompetenz, aber gleichzeitig die Bundesländer, die eine Grundschulempfehlung haben, nämlich Bayern und Sachsen, vorne stehen, muss man darüber ernsthaft nachdenken. Bremen ist zwar deutscher Inklusionsmeister, liegt aber in der Leistungstabelle genauso hinten wie Berlin als deutscher Ganztagsmeister. Schlussfolgerungen möge jeder für sich ziehen.

Im Bereich der weiterführenden Schulen ist seit langer Zeit zumindest partiell Auswendiglernen, wiederholendes Lernen ebenso verpönt wie das Schreiben von Diktaten. Lückentexte statt Textaufgaben mit dem Ergebnis, dass sinnerfassendes Lesen durch mangelnde Sprachfähigkeit immer schwerer wird. Wir haben zunehmend fächerübergreifenden Unterricht, zunehmend Seiteneinsteiger im Schuldienst, in Berlin Tendenz Richtung 40 Prozent, so dass sich die Frage nach der Professionalität des Lehrerberufs dort stellt. Wir haben die pädagogischen Ladenhüter der Gemeinschaftsschule, der sechsjährigen Grundschule, des längeren gemeinsamen Lernens. All dies trägt nicht zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit bei, wie alle seriösen Studien belegen, sondern im Gegenteil.

Wir haben im Bereich des Abiturs sehr unterschiedliche Anforderungen bezogen auf die Bundesländer. Manchmal vier Prüfungsfächer, manchmal fünf, Leistungskurse und Grundkurse mit unterschiedlichen Stunden ausgestattet, und es macht einen Unterschied, ob bei der mündlichen Abiturprüfung in Bayern der Stoff aus drei Halbjahren abgefragt wird oder wie in Hamburg nur aus zwei. In Niedersachsen gibt es die zweite Fremdsprache nicht mehr durchgängig bis zum Abitur. Und die Qualität des Zentralabiturs in Berlin hat Professor Klein von der Frankfurter Universität am Beispiel der Aufgaben im Fach Biologie so dargestellt, dass ein guter Neuntklässler diese Aufgabe lösen kann. Und so verwundert es nicht, wenn in Berlin im Jahr 2002 17 Abiturienten mit 1,0 abgeschlossen haben, im Jahr 2012 234.

Zur Nivellierung gehört auch, dass man in der Oberstufe im Abitur die Bedeutung der Sprachrichtigkeit in Deutsch ebenso abgewertet hat wie die Bedeutung des Fehlerindex in der Fremdsprache, und zwar zugunsten „einer integrativen Sprachbewertung“, da die kommunikative Kompetenz entscheidend sei. Wie will man, überspitzt formuliert, eigentlich fremdsprachige Texte sinnerfassend lesen, wenn man beispielsweise die Sprachrichtigkeit

nicht erkennen kann. Und schließlich die aus meiner Sicht unsägliche Kompetenzorientierung, die auf Fachwissen tendenziell verzichtet und damit zur Inkompetenz führt.

Über das Ergebnis muss man sich nicht wundern. Im „Spiegel“ haben im März diesen Jahres 130 Professoren einen Brandbrief veröffentlicht bezüglich der Studierfähigkeit der Abiturienten im Fach Mathematik. Hier gebe es dramatische Defizite. Es muss auch nicht verwundern, dass die Studienabbrecherquote in der Größenordnung bei 30 Prozent liegt. Im Übrigen steigt leider auch die Zahl der Abbrüche von Ausbildungsstellen von Lehrlingen. Abgesehen von den volkswirtschaftlichen Aspekten ist jedes abgebrochene Studium mit allerdings teilweise sehr unterschiedlichen Ursachen dennoch ein schmerzhafter Einschnitt in die Persönlichkeitsentwicklung.

Im Rahmen der gesellschaftspolitischen Fehlentwicklung lassen in Stichworten die 68er grüßen. Sekundärtugenden waren und sind verpönt, Disziplin, Arbeitshaltung, Fleiß, Leistungsbereitschaft, Umgangsformen. Laissez-faire in der Schule begünstigt fehlende Frustrationstoleranz, die Entwicklung von Narzissen, fehlende Teamfähigkeit und soziale Kompetenz. Schüler brauchen auch einmal Widerstand im Unterricht, begründete Korrektur durch den Pädagogen, den Fachmann. Und deshalb wundert es mich schon, dass Lehrer nicht lauthals dagegen protestieren, dass sie von der Politik und sogenannten Bildungsreformern künftig nur noch als Moderator von Bildungsprozessen angesehen werden. Die Krönung ist, Kinder sollen selbstständig festlegen, was sie in welcher Form (Reihenfolge...) lernen. Dies führt zu einer klaren Benachteiligung der Kinder, die aus einem bildungsfernen Elternhaus kommen.

Stichwortartig seien zu den gesellschaftlichen Problemfeldern weiter genannt: zunehmende Erziehungsdefizite – deshalb benötigen wir heute leider Schulsozialarbeit, die Fehlentwicklung im Bereich der Inklusion. Es gibt eindeutig eine

Grenze der gemeinsamen Beschulbarkeit. Und im Übrigen gibt es auch zu wenige ausgewiesene Förderschullehrer, die als Spezialisten zur Verfügung stehen. Zu glauben, dass man mit ein klein wenig Fortbildung aus einem Grundschullehrer, einem H + R-Lehrer einen Förderschulexperten machen kann, gehört in das Reich der Fabel. Es ist eine Ohrfeige für die hohe Professionalität der gelernten Förderschullehrer, die es verstehen, einem schwierigen Klientel in kleinen Gruppen eine für ihre Verhältnisse optimale Förderung angeeignet zu lassen.

Zu den Fehlentwicklungen gehört die überbordende Migration, wobei es nicht um das ausländische Kind geht, das perfekt Deutsch spricht, sondern um die, die sprachliche Defizite haben. Das ist leider die große Mehrheit. Fremde Kulturen, unterschiedliche Rolle von Mann und Frau, ethnische Konflikte, Religionskonflikte, politische Konflikte im Unterricht, fehlende Kulturtechnik, Bildungsabstinenz in vielen Elternhäusern.

Politisch nicht korrekt

Selbst das IQB kommt in seiner Studie zum Ergebnis, dass die Leistungen 2016 im Vergleich zu 2011 unter anderem wegen der Migration schlechter geworden sind (die Flüchtlingsproblematik 2015/2016 ist nicht enthalten). Und das Institut der Deut-

Liebe Leserinnen und Leser!

Schreiben Sie uns zu der Thematik!

Was sind Ihre Erfahrungen (nicht nur als Grundschulkollegin oder -kollege)?

Ist das alles nur ein Großstadtproblem?

Was kann getan werden?

Was fordern Sie von der Politik, aber auch von Verbänden wie uns?

schen Wirtschaft kommt im März diesen Jahres zum Ergebnis, dass die Zuwanderung das Leistungsniveau senkt. Ähnliches ist im Übrigen einem Kommentar der FAZ im Oktober diesen Jahres zu entnehmen, und auch die KMK-Präsidentin Eisenmann (CDU, Baden-Württemberg) kommt zu einem gleichen Ergebnis.

Konsequenzen

Wir benötigen eine drastische Reduzierung des Zuzuges insgesamt. Dabei geht es nicht um das Thema Asyl, Asylmissbrauch, sondern es geht auch um das Thema der Armutsmigration aus osteuropäischen Staaten. Schulen, gerade in Ballungsgebieten können diese Probleme nicht mehr alleine lösen. Wer sich als Migrant weigert, seiner Verpflichtung zur Integration nachzukommen, das heißt prioritär, die deutsche Sprache zu erlernen, der muss die entsprechenden Konsequenzen zu spüren bekommen. Wir brauchen eine ganz klare Verlangsamung der Inklusion, eine Entideologisierung, das klare Bekenntnis zu den Förderschulen. Wir brauchen im Bereich der Grundschulen die Wiedereinführung der Kopfnoten und der Benotung, die Eignungsempfehlung, um am Ende der Klasse 4 auf der Basis von klaren inhaltlichen Anforderungen Eltern beraten zu können, für welche Schulform ihr Kind am ehesten geeignet ist, wobei bei der Durchlässigkeit des deutschen Schulwesens Spätstarter gleichwohl alle Chancen berechtigterweise haben. Wir müssen die Wortschatzanforderung erhöhen,

und wir müssen vor allen Dingen die Stundentafeln im Bereich der Grundschule weiter anheben. Derzeit liegen wir bei 92 Jahreswochenstunden, zu rot-grüner Zeit waren es noch 87. Aber wir benötigen eine Größenordnung von 95 bis 98, um damit die Kernkompetenzen vor allen Dingen in Deutsch und Mathematik zu stärken. Wir müssen im Bereich der weiterführenden Schulen den pädagogischen Mut haben, die Notenskala mehr als bisher auszunutzen, das Instrument der Klassenwiederholung stärker nutzen, prüfen, inwieweit Klassenarbeiten wirklich immer angekündigt werden müssen, die Rolle des Lehrers als Fachmann verstärkt herausarbeiten. Dies bedeutet einen entsprechenden Anteil an direkter Instruktion im Unterricht, was Phasierung, selbstständiges Lernen, Gruppenarbeit... nicht ausschließt. Wir müssen im Unterricht Ruhe und Disziplin einfordern, auch Sanktionsmöglichkeiten an die Hand geben. Schulleitung und Schulaufsicht inklusive Kultusministerium müssen mehr als bisher deutlich machen, dass sie hinter ihren Kolleginnen und Kollegen stehen und sich nicht aus falsch verstandener Political Correctness wegducken und Kollegen alleine lassen. Das ist das Gefühl vieler.

Bei Integrationsverweigerern, Schulschwänzern muss man ernstlich prüfen, inwieweit finanzielle Sanktionen eingeführt werden können, denn solange nichts Spürbares passiert, wird nichts geschehen. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zum

Leistungsprinzip, zur Elitenförderung, zur Aufwertung der Abiturprüfung, zum Rückgängigmachen der Nivellierungen, denn sonst wird eines passieren, dass an den Universitäten künftig Aufnahmeprüfungen stattfinden werden, wobei das ohnehin zu prüfen ist, denn wenn jemand ein Numerus-Clausus-Fach wie Medizin studiert, dann ist er abhängig von seinem Abitur-Notendurchschnitt. Und wenn der Notendurchschnitt zwischen Bayern und Bremen erheblich differiert, ist dies eine klare Benachteiligung bayerischer Schüler (Hessen ist bei allen Leistungsvergleichen im Übrigen sehr ordentlich aufgestellt).

Wir müssen im Rahmen der Lehrerbildung – Stichwort Praxissemester – auf die Ausbildung der Lehrerpersönlichkeit achten, und Lehrer müssen sich allerdings gelegentlich auch selbst fragen lassen, was sie zur Erhöhung des Ansehens selbst beitragen. Insgesamt brauchen wir eine Anerkennungskultur für die unglaublich schwierige und herausfordernde Rolle des Lehrers durch die Öffentlichkeit, durch die Politik, aber auch durch die Medien. Der Beruf des Pädagogen ist ein wunderbarer Beruf, weil man junge Menschen im besten Sinne des Wortes formen, führen, leiten kann und ihnen Fachwissen als Rüstzeit für ihren späteren erfolgreichen Lebensweg auf den Weg geben kann. Was gibt es eigentlich Schöneres, als junge Menschen fit für die Zukunft zu machen?“

Hans-Jürgen Irmer, MdB

DL-Präsident: Bundesländer müssen beim Unterrichtsausfall „die Hosen runterlassen!“

Mehrbedarf von 70.000 Lehrkräften für volle Unterrichtsabdeckung notwendig

Der Deutsche Lehrerverband hat ein Ende der Verschleierrtaktik der Schulministerien beim Unterrichtsausfall gefordert.

Die heute veröffentlichte repräsentative Studie mache, so der DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger, eindeutig klar, dass die bisher vorgelegten Statistiken fast aller Bundesländer

unvollständig und fehlerhaft seien und durchgängig ein geschöntes Bild der traurigen Schulrealität zeigten.

Der DL-Präsident betonte: „Einen solch massiven Unterrichtsausfall, der noch dazu auch von regionalen und sozialen Ungerechtigkeiten geprägt ist, darf sich ein reiches Land

wie Deutschland, das sich selbst als Bildungsnation bezeichnet, nicht weiter leisten.“

Bevor allerdings über die notwendigen Maßnahmen zur Schaffung weiterer Lehrerstellen und zur zusätzlichen Lehrgewinnung entschieden werden kann, müssten, so Meidinger, alle Bundesländer „die Hosen

herunterlassen“ und eine unge-schminkte Bestandsaufnahme ma-chen. Die Zeit geschöner Statistiken müsse ab sofort endgültig vor-bei sein, so der DL-Präsident ab-schließend.

Den Lehrermehrbedarf für eine rund zehnpromtente Unterrichtsreserve in allen Bundesländern bezifferte er bei einem Gesamtbestand von 750.000 Lehrkräften auf rund 70.000 Stellen.

Tipps · Hinweise · Informationen

Hass im Internet

Mobbing: So können sich Nutzer wehren

Von Julian Hilgers (dpa)

Traurige Realität: Beleidigungen und Hassreden sind in sozialen Netzwer-ken an der Tagesordnung. Betrof-fene können und sollten sich mit rechtlichen Mitteln zur Wehr setzen. Auch ein neues Gesetz soll helfen.

Es kann ganz schnell gehen: Man vergreift sich im Ton, spricht ein sen-sibles Thema an oder wird einfach falsch verstanden. Und schon kön-nen die ersten wütenden Kommen-tare oder Beleidigungen kommen. Diskussionen und Aussagen im Netz und besonders in sozialen Netzwer-ken verbreiten sich wie ein Lauffeuer. Privatpersonen sind dabei vor Belei-digungen und Hass nicht gefeit.

Verantwortlich für eine Aussage im Netz ist immer die Person, die sie getätigt hat. Diesen Menschen aus-zumachen, ist aufgrund der hohen Anonymität und von falschen Profilen im Netz oft schwer. „Um die Schuldigen zu erreichen, wird meist eine Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet“, erklärt Christian Solme-cke, Fachanwalt für IT-Recht aus Köln. Spätestens dann ist es mög-lich, den Namen der Person über die IP-Adresse ausfindig zu machen.

Meldesysteme nutzen

Der schnellste Weg, entsprechende Kommentare oder Posts zu löschen, erfolgt jedoch direkt über die Melde-systeme der einzelnen Medien. Für soziale Netzwerke gilt zudem: „Das Unternehmen ist verpflichtet, ent-sprechende Kommentare innerhalb von 24 Stunden zu löschen“, erklärt Oliver Buttler von der Verbraucher-zentrale Baden-Württemberg. So will es das am 1. Oktober 2017 in Kraft getretene, oft auch Facebook-

Gesetz genannte Netzwerk-Durch-setzungsgesetz.

Die 24-Stunden-Regel zur Löschung „offenkundig strafbarer Inhalte“ gilt aber erst vom 1. Januar 2018 an. Bis dahin haben die Netzwerke wie für die Prüfung und Löschung weniger eindeutig rechtswidriger Inhalte sie-ben Tage Zeit. Handeln die Unter-nehmen nicht, drohen bis zu 50 Mil-lionen Euro Bußgeld. Schwierige Fälle soll ein dem Bundesamt für Justiz unterstelltes Gremium für Grundsatzfragen bewerten.

Doch Nutzer können sich auch selbst gegen Beleidigungen wehren. Facebook schlägt aktive Gegenrede vor. Der Gegenüber soll so sachlich, aber bestimmt in die Schranken ge-wiesen werden. „Wichtig ist es da-bei, solide Fakten zu benennen und nicht zu bewerten“, sagt Martina Dressel, Buchautorin aus Freital bei Dresden. In einigen Fällen könne das Gegenüber doch zum Mitdenken angeregt werden oder den eigenen Standpunkt besser verstehen. Falls möglich empfiehlt Dressel, im Netz verstärkt die wertvollen Gespräche und Diskussionen zu suchen: „Wir fokussieren uns zu sehr auf Krawall-macher.“

Strafanträge sind möglich

Opfer von Beleidigungen sollten aber einen Strafantrag bei der Poli-zei oder Staatsanwaltschaft stellen. Zuständig sind die Behörden des Bundeslandes, in dem man wohnt. Mit einer Anzeige lässt sich zum Bei-spiel eine Beleidigung leichter nach-verfolgen. Die Behörden dürfen den Verursacher dann über die persönli-

chen Daten in den Netzwerken aus-findig machen. In der Regel stehen die Chancen dann gut, dass eine Beleidigung auch bestraft wird.

Der Begriff Hassrede ist allerdings ungenau und umfasst fast alles, was in irgendeiner Weise abwertend ist. „Daher ist Hassrede ein Sammelbe-griff und nicht juristisch zu sehen“, erklärt Solmecke. Rechtlich lassen sich aber andere Straftaten klar defi-nieren: Volksverhetzung, Gewaltdar-stellung, Aufruf zu Straftaten oder das Drohen mit einem Verbrechen sind strafbar.

Gegenüber einzelnen Personen wird in der Regel zwischen Verleumdung und übler Nachrede unterschieden. Dies sind Tatsachenbehauptungen, die andere herabwürdigen können. Der am häufigsten vorkommende Straftatbestand sei in diesem Zu-sammenhang jedoch die Beleidigung. Wann eine Aussage rechtlich als Beleidigung zu werten ist, hängt jedoch von Einzelfall und Kontext ab, so Solmecke.

Gefängnis droht

Auch wenn persönliche Bilder ver-wendet werden, um jemanden zu beleidigen oder zu diffamieren, kann das als Straftat gelten. Hier kann das Recht am eigenen Bild verletzt wer-den: Nutzung und Verbreitung eines Bildes einer Person bedürfen jeweils ihrer Zustimmung.

Auf Beleidigung steht bis zu ein Jahr Gefängnis. Zivilrechtlich kann der Täter auf Schadenersatz verklagt werden. Verleumdung oder üble Nachrede werden mit Geld- oder Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren geahndet. Auf Volksverhetzungen folgen Freiheitsstrafen von drei Mo-naten bis fünf Jahren. „Aufforderun-gen etwa, gegen alle Muslime mit Gewalttaten vorzugehen, die man ja häufig in sozialen Netzwerken findet, führen damit sogar zu einer Freiheitsstrafe“, so Solmecke.

Grundsätzlich gelte: Verlässt eine Aussage die Grenzen der Meinungs-freiheit, lohne sich der Weg zur Poli-zei, so der Anwalt. In anderen Fällen sei es sinnvoller, das Gegenüber auf seine Wortwahl aufmerksam zu ma-chen.

Weiterhin Offline im Klassenzimmer?

**VDL-Landesvorsitzender Jörg Leinberger (Hessen):
„Es fehlt an Unterstützung!“**

Im Gespräch mit Jörg Leinberger, Landesvorsitzender des Verbandes der Lehrer Hessen (VDL), thematisiert Bernd Karst, stellvertretender VDR-Bundesvorsitzender, die Herausforderungen, die auf die Schulen durch die rasante Entwicklung der Digitalisierung zukommen. Zur Sprache kommt auch die aktuelle Schulpolitik in Hessen.

Bildung Real: Auf der Website der Hessenschau kommentiert „Jennifer aus Gießen“ im Anschluss an die Sendung „Kein digitales Konzept für hessische Schulen“: „Unser Bildungssystem hat sich inhaltlich nicht weiterentwickelt. Wozu dann digitale Geräte anschaffen? Weiterhin ist das beliebteste und wichtigste elektronische Medium der Pausengong. Da sind sich Schüler und Lehrer einig!“ (<http://www.hessenschau.de/gesellschaft/kein-digitales-konzept-fuer-hessische-schulen-,digitaleslernen-100.html>). Ernsthaft nachgefragt, Herr Leinberger: Wie ist das Land Hessen auf Schule 4.0 eingestellt? Ist die digitale Welt an hessischen Schulen angekommen?

Jörg Leinberger: Die sogenannte digitale Welt ist in Teilen an hessischen Schulen angekommen. Es gibt vereinzelt Hardware, wie Computer, Smartboards, WLAN und ähnliches. Es gibt weiterhin – teilweise in Abhängigkeit von der jeweiligen Schule bzw. dem dort tätigen Kollegium – Konzepte zu digitalen Medien. Und es gibt teilweise technikaffine Lehrkräfte, die – zu großen Teilen durch Eigeninitiative – Themen im Zusammenhang mit der Digitalisierung im Unterricht adressieren bzw. digitale Medien einsetzen. Eine umfassende Umsetzung von Digitalisierung an Schulen ist das sicherlich nicht. Wobei ich auch deutlich darauf hinweisen möchte, dass die Digitalisierung auch voraussetzt, sich intensiv darüber Gedanken zu

machen, wie sie an Schulen aussehen soll, wo sie nützt und wo sie vielleicht auch eher schadet. Zu klären ist auch die Frage, welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, und zwar sowohl technische als auch inhaltliche. Verstärkt tangiert wird auch die Lehraus- und -fortbildung sein. Mit der Digitalisierung werden wir zunehmend in der Arbeitswelt konfrontiert, außerdem nutzen die Kinder Handys, Tablets und Computer als Teil ihres Alltags – allerdings vorrangig zum Spielen und zur Kommunikation. Was dieser Umgang mit Schule und insbesondere mit Bildung zu tun hat, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Bildung Real: Beklagt wird vielerorts die mangelnde technische Ausstattung der Schulen. Welche Erwartungen und Forderungen richten Sie konkret an die Politik?

Jörg Leinberger: Für die technische Ausstattung werden über den Digital-Pakt der Bundesregierung einerseits und über die Initiative Hessens andererseits zwar Gelder zur Verfügung gestellt. Berechnungen von Andreas Breiter und Kollegen der Universität Bremen für die Bertelsmann-Stiftung haben jedoch gezeigt, dass diese Gelder nicht annähernd ausreichen, um Schüler flächendeckend mit dem Zugang zu Geräten auszustatten.

Konkrete Forderungen hinsichtlich der Technik setzen aber unseres Erachtens ohnehin voraus, dass Konzepte bestehen, die darüber Aufschluss geben, in welcher Form und mit welchem Ziel Digitalisierung an Schulen betrieben werden soll. Es fehlt also sozusagen an der Software. Schulen mit diesen grundsätzlichen Fragen weitestgehend allein zu lassen, überfordert sie angesichts der zahlreichen Themen und Probleme, die insgesamt bestehen und mit denen sie sich auseinandersetzen müssen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur einige Aspekte nennen: das Bildungsniveau generell, die Ganztagsbetreuung sowie

die Inklusion oder Integration von Flüchtlingen.

Die Technik kommt am Schluss

Bildung Real: Was heißt das mit Blick auf den Schüler?

Jörg Leinberger: Wir müssen an mehreren Punkten ansetzen und hinterfragen: Welche Kompetenzen benötigen Kinder im Umgang mit Medien, d.h. in der Nutzung von Programmen und Standardsoftware? Oder: Welche Fähigkeiten benötigen sie im Bereich des Recherchierens im Internet, aber auch im Hinblick auf die Sensibilisierung zu gesundheitlichen Folgen der Computernutzung, im Hinblick auf Abhängigkeiten aller Art, Schutz von Daten und Privatsphäre bis hin zum Erkennen von Manipulation durch Anbieter? Aber auch: In welchen Bereichen kann Lernen unter Nutzung von Medien hilfreich sein – etwa durch Verwendung von Lernplattformen und Medieninhalten? Und schließlich: Wie kann die Lernumgebung und die Schulwelt im Hinblick auf Digitalisierung verbessert werden, angefangen vom Internetauftritt der Schulen bis hin zur Vernetzung von Klassen und Lehrern? Die Technik kommt am Schluss, wenn die eben angeführten Punkte klar sind. Und vieles davon kann die einzelne Schule nicht allein leisten. Hier ist das Land gefordert. Und zwar bereits jetzt, nicht erst, wenn die Bundesmaschinerie – falls überhaupt – in Fahrt kommt.

Bildung Real: Die Bereitstellung von Whiteboards, Labtops oder Tablets sichert noch längst keinen guten Unterricht. „Auf den Lehrer, die Lehrerin kommt es an!“ sagt der neuseeländische Bildungsforscher John Hattie. Aber sind die Lehrerinnen und Lehrer denn ausreichend auf die technischen Veränderungen vorbereitet, gibt es attraktive und qualitative Fortbildungsangebote in Hessen?

Jörg Leinberger: In Hessen gibt es nach unserer Wahrnehmung kein flächendeckendes Angebot an allgemein verfügbarer Aus- und Fortbildung. Das Kultusministerium setzt auf Eigeninitiative der Lehrerinnen und Lehrer. Landesweite Konzepte

auch hierzu bestehen nicht. Es gibt die Lehrkräfte-Akademie, und es gibt Berater, die sich Schulen holen können. Insgesamt fehlt es aber an pädagogischer Unterstützung gerade in Hessen, wie auch durch eine Studie der Telekom Stiftung "Schule digital" aus dem Jahr 2016 wieder bestätigt wurde.

Bildung Real: Die Gefahr ist doch, dass Lehrkräfte zunehmend überfordert werden?

Jörg Leinberger: Die digitalen Veränderungen greifen in so viele Lebensbereiche ein, sie bergen Chancen, aber auch Risiken – und je nachdem, mit wem sie sprechen, überwiegt das eine oder das andere. Eine Auseinandersetzung mit ihrer Bedeutung für Schulen, Schüler und Bildung ist daher dringend notwendig. Auf diesen Erkenntnissen, z. B. dem Umfang an Programm- oder Programmierkenntnissen, den Schule vermitteln soll, muss dann, in Abhängigkeit vom vorhandenen Wissens- und Erfahrungsstand der Lehrer, ein Konzept für die Ausbildung entwickelt werden. Man könnte sich beispielsweise fragen, ob es überhaupt notwendig ist, und wenn ja, in welchem Umfang, dass Schüler diese Dinge lernen. Oder ist es nicht eventuell viel wichtiger, dass sie stattdessen solche Dinge lernen und entwickeln, die ein Computer auch in absehbarer Zeit nicht wird leisten können, wie etwa die Vermittlung kritischen Denkens oder Kreativität? Was gehört dazu, fit für die Arbeitswelt zu werden, und was ist davon erwünscht – und was ist für die Persönlichkeitsentwicklung wichtig? Wer sich solchen Fragen nicht stellt, wird sich zwangsläufig auch bei der Lehrerbildung verzetteln.

Der Lehrer ist nicht ersetzbar

Bildung Real: Welche Rolle hat der Lehrer in einer zunehmenden digitalen Lernumgebung?

Jörg Leinberger: Aus meiner Sicht muss der Lehrer die Schüler bei der Hand nehmen und sie dabei unterstützen, die Welt zu verstehen und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Das kann er nicht digitalen Medien überlassen. Im Gegenteil: Digitale Medien können, sofern falsch ange-

wendet, dazu beitragen, dass Schüler weniger erfolgreich lernen im Vergleich zur Nutzung analoger Lehrmittel und -methoden. Hierzu gibt es Erkenntnisse aus Studien, wie z. B. der Universität des Saarlandes zum Vokabellernen oder die im Gutachten „Bildung 2030“ des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft zitierte Studie, wonach solche Grundschulkin- der, die mindestens einmal wöchentlich Computer nutzten, signifi- kant schlechtere Kompetenzen in Mathematik besaßen als die Ver- gleichsgruppe ohne Computernut- zung. Es kommt folglich darauf an, wie der Lehrer digitale Medien im Unterricht nutzt, wofür er sie nutzt, und welche Kompetenzen die Schü- ler erwerben sollen. Ohne das Unter- richtsgespräch, die persönliche An- sprache und die Reflexion von Lern- inhalten findet keine Bildung statt - und das kann nur der Lehrer leisten.

Bildung Real: In Hessen arbeitet die schwarz-grüne Landesregierung seit über vier Jahren weitgehend geräuschlos zusammen. Ein Bildungsgipfel, zu dem Kultusminister Alexander Lorz (CDU) alle Parteien und Verbände an einen Tisch versammelte, sollte den „Schulfrieden“ herstellen. Inwie- weit ist ein solcher gelungen, wo sehen Sie die größten Baustellen?

Jörg Leinberger: Der Bildungsgipfel in Hessen wurde je nach Sicht- weise als Erfolg oder Misserfolg be- wertet. Sollte man wirklich erwartet haben, dass alle Akteure am Ende einen Konsens in der Schulpolitik er- zielen würden, dann muss man lei- der eingestehen, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Der Gipfel hat aber immerhin erreicht, dass alle Ak- teure in der Bildungspolitik über ei- nen Zeitraum von einem Jahr in mehreren Sitzungsunden gemein- sam über die aktuelle und zukünftige Bildungspolitik diskutierten.

Bildung Real: Schildern Sie bitte etwas ausführlicher die aktuelle schulpolitische Situation und die bildungspolitischen Herausforderungen in Ihrem Bundesland Hessen.

Jörg Leinberger: Bereits 1973 warnte die Bildungsverwaltung, die

Hauptschule müsse sich „möglich- weise der Problematik einer Rest- schule stellen“. Lange Zeit wurde vieles versucht, diese Entwicklung zu verhindern – letztlich wurde genau das Gegenteil bewirkt. Die Politik hat dem Hauptschulsterben unbeholfen zugesehen und diesen Prozess da- mit sogar gefördert. Sie hat dadurch fatale Probleme in Kauf genommen, nämlich eine Nivellierung des Lei- stungsniveaus und einen zunehmen- den Fachkräftemangel, um lediglich zwei Aspekte zu nennen. Grundsätz- lich ist es wichtig, dass das Vertrauen in unser Bildungssystem wieder her- gestellt wird. Dazu gehört auch die Sicherheit eines beruflichen Erfolges unabhängig vom jeweiligen Schulab- schluss.

Auch das Gymnasium hat sich verändert

Bildung Real: Herr Leinberger, Sie sind seit 1991 im Schuldienst. Was sind für Sie rückblickend die prä- genden pädagogischen Erfahrungen, was erwarten Sie mit Blick auf die Schulpolitik in den nächs- ten Jahren?

Jörg Leinberger: Tatsächlich hat die Qualität des Hauptschulabschlusses in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten kontinuierlich abgenommen. Die Schüler haben nicht mehr die Fähig- keiten und Kompetenzen, die aus meiner Sicht völlig zurecht auch von den Arbeitgebern erwartet werden, und zwar sowohl in fachlicher als auch in sozialer Hinsicht.

Schon wenige Kinder mit Verhaltens- auffälligkeiten können eine Klasse so aufmischen, dass alle anderen da- runter leiden. Aber es sind nicht nur erzieherische Herausforderungen, die sich zunehmend stellen. Wenn ein Großteil von Flüchtlings- und In- klusionskindern in die Hauptschulen oder in die entsprechenden Klassen integrierter Gesamtschulen ge- schickt wird, ist regulärer Unterricht kaum noch möglich. Diesen Kindern, die die schulischen Mindestanforde- rungen insbesondere im sprachli- chen Bereich nicht erfüllen, müssen zuvor individuell zugeschnittene An- gebote zur Verfügung gestellt und Kompetenzen vermittelt werden, auf deren Grundlage eine spätere Regel- beschulung möglich ist.

Herzlichen Glückwunsch!

Im Verlauf des Jahres 2017 feierten folgende Mitglieder ihren



94. Geburtstag

Siegfried Nichtweiß, Seligenstadt
Gertrud Wiemer, Roth
Irmgard Heller, Bad Wildungen

93. Geburtstag

Herbert Grüßner, Hanau
Marianne Lenaif, Wiesbaden

92. Geburtstag

Werner Müller, Dillenburg
Katharina Herrmann, Frankfurt

90. Geburtstag

Rudolf von Nolting, Bad Soden
Ingeborg Bernegger-Hansen, Frankfurt
Herbert Mack, Neu-Isenburg
Emmi Winter, Frankenberg
Manfrid Baaske, Petersberg

89. Geburtstag

Wigbert Schratz, Fulda
Adolf Preis, Nidderau

88. Geburtstag

Helga Stäcker, Frankfurt
Siegfried Sacher, Königstein

87. Geburtstag

Volkmar Schröder, Rüsselsheim

86. Geburtstag

Christa Becker-Miosga, Fulda

84. Geburtstag

Ellinor Schiller-Alexander, Frankfurt

83. Geburtstag

Dr. Heinz Dieter Schuhmann, Eschborn
Haide Schreiber, Rotenburg/Fulda

82. Geburtstag

Elisabeth Böhm, Fulda
Karl Hegner, Rodgau
Roselore Volk, Usingen
Gertrud Pintz-Böhler, Bad Nauheim
Helga Schröder, Mittelfischbach
Anneliese Wodarz, Wölfersheim

81. Geburtstag

Karen Damrath, Lich
Bernard Wittig, Neu-Isenburg

80. Geburtstag

Peter Schmidt-Blankenhagen, Frankfurt
Helga Schneider, Mainz
Günther Jung, Wiesbaden
Walter Frank, Großenlüder

79. Geburtstag

Helmut Reischmann, Frankfurt
Heinz Klein, Oberursel
Edith Jung, Wiesbaden

78. Geburtstag

Hildburg Giegerich, Bickenbach
Franz-Joachim Hausmann, Wiesbaden
Christel Vogel, Eschborn
Ragnhild von Nieding, Wiesbaden
Elsbeth Sacher, Königstein
Inge Wittig, Neu-Isenburg
Elisabeth Hennemuth, Kassel
Egbert Ueckermann, Kassel



Verband der Lehrer Hessen

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich unterstütze meine eigenen Interessen und erkläre meinen Beitritt zum VDL Hessen. Im Monatsbeitrag sind der Bezug von „VDL informiert“ und weitere Zusendungen eingeschlossen. Der VDL gewährt seinen Mitgliedern kostenlos Rechtsberatung, bei Bedarf auch durch den Justitiar des Deutschen Beamtenbundes sowie Rechtsschutz bei dienstlichen Streitverfahren.

Im Beitrag sind ebenfalls enthalten eine Dienstaftpflichtversicherung bei der DBV und eine Schlüsselversicherung.

Für das Anlegen der Mitgliedsdaten ist es unbedingt nötig, alle Felder der Beitrittserklärung vollständig auszufüllen. Wir bitten um Beachtung und Verständnis!

Name: _____ Vorname: _____

Geburtstag: _____ E-Mail: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon privat: _____ dienstlich: _____

Amtsbezeichnung: _____ Besoldungsgruppe: _____

Vertretene Fächer: _____ Teilzeit: 1/2; 2/3; ... Wochen-Stunden _____

Dienststelle: _____ Studienseminar: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Schulform: _____

Beitrag pro Monat: A10/A11 € 12,-; A12/A13/A14 € 14,-; A15/A16 € 16,-
Teilzeit > 1/2 € 11,50; Teilzeit bis 1/2 Altersteilzeit aktiv, Elternzeit € 10,-;
Ehegatten € 10,-; Pensionäre, Altersteilzeit passiv € 8,-;
Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst € 3,50; Arbeitslose € 3,-

Eintritt in den VDL ab: _____

Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich damit einverstanden, dass der VDL meine Daten im Rahmen der BDSG automatisiert speichert, verarbeitet und diese verbandsintern nutzt.

_____ den _____

Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat: **Verband der Lehrer Hessen**
Weingartenstraße 50, 61251 Bad Nauheim
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 34VDL00001095360

Mandatsreferenz: _____
Vom Zahlungsempfänger auszufüllen

Kreditinstitut: _____

BIC: _____ IBAN: _____

_____ den _____

Unterschrift der/des Kontobevollmächtigten

Geworben von: _____

Senden Sie die Beitrittserklärung an:
Verband der Lehrer, Mitgliederverwaltung, Wolfsweg 29, 61462 Königstein

* Bitte alle Felder ausfüllen.